

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 34. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 11. Dezember 2007
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Susanne Studer, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv.

Gäste: -.-

Entschuldigt: Adam Rolf
Bieri Armin

Abwesend: Cueni Lucius, ab 20.00 Uhr

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr: 35 Anwesende = 24 Stimmen
18.05 Uhr: 36 Anwesende = 24 Stimmen
18.10 Uhr: 37 Anwesende = 25 Stimmen
20.00 Uhr: 36 Anwesende = 24 Stimmen

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007 betreffend Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehrsteuer für das Jahr 2008 Geschäft 3743 / A
- 1.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 1.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 28.11.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007 zu den Budgetpostulaten Geschäft 3743B / C
- 1.1.2 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 020-319.00, Übriger Sachaufwand, 100 Solardächer für Allschwil Geschäft 3743B.1
- 1.1.3 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend Wasserrechnung, Pos. 700-318.00, Dienstleistungen und Honorare Durchführung von Trinkwasserscreenings, Krediterhöhung um CHF 15'000.00 Geschäft 3743B.2
- 1.1.4 Budgetpostulat SVP-Fraktion, Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Abfallbeseitigung, Pos. 720-38 / Unterkto. 720-380.00 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Senkung der Gebühr für Abfallmarken Geschäft 3743B.3
- 1.1.5 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 740-311.00, Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, Reduktion des Kredites auf neu CHF 25'000.00 Geschäft 3743B.4
- 1.1.6 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Franziska Pausa, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 780-315, Betrieblicher Unterhalt Toilettenanlagen, Kreditaufnahme für Betrieb / Unterhalt Geschäft 3743B.5
- 1.1.7 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 780-318, Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz), Kreditaufnahme CHF 15'000.00, Honorar für Begleit- und Begutachtungsmandat Geschäft 3743B.6
- 1.1.8 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter / Franziska Pausa betreffend Laufende Rechnung, Pos. 790.318.00, Dienstleistungen und Honorare, Kreditaufnahme CHF 15'000.00, Planungshonorar altersgerechte Wohnformen Geschäft 3743B.7
- 1.1.9 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend Investitionsrechnung, Pos. 942-503.03, Schönenbuchstrasse 39, Heizungsersatz, Erhöhung Kredit auf CHF 50'000.00, Fenstersanierung Geschäft 3743B.8
- 1.2 DETAILBERATUNG
- 1.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 1.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2008
- 1.2.3 Budgetpostulat SVP-Fraktion, Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Konto 900-40, Unterkonto 900-400.00, Einkommens- und Vermögenssteuer, Senkung Gemeindesteuersatz für natürliche Personen um 0,5 % Geschäft 3743B.12
- 1.2.4 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend Laufende Rechnung / Steuererträge juristische Personen,

-
- | | | |
|-------|--|-------------------|
| | Beibehaltung der Steuersätze für Kapitalgenossenschaften, Vereine, Stiftungen und übrige juristische Personen, Holdinggesellschaften und Domizilgesellschaften | Geschäft 3743B.13 |
| 1.2.5 | Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend Beibehaltung der Feuerwehrsteuer für Ersatzpflichtige von 6.0 % der Gemeindesteuer | Geschäft 3743B.9 |
| 1.2.6 | Budgetpostulat Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Laufende Rechnung, Konto 140-430.00, Ersatzabgaben Feuerwehr, Festsetzung der Feuerwehrsteuer für Ersatzpflichtige auf 6.0 % der Gemeindesteuer | Geschäft 3743B.10 |
| 1.2.7 | Budetpostulat SVP-Fraktion, Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Konto 140-430.00, Ersatzabgaben Feuerwehr, Beibehaltung der Feuerwehrsteuer für Ersatzpflichtige von 6.0 % | Geschäft 3743B.11 |
| 2. | Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007 betreffend Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2008 - 2012 | Geschäft 3744 / A |
| 3. | Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2007 betreffend Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil vom 12. Juni 2007, direkte Beratung, 1. Lesung | Geschäft 3750 |
| 4. | Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 38'000.00 für die Schaffung der notwendigen Büroräumlichkeiten und deren Einrichtung und Ausstattung bei den Sozialen Diensten | Geschäft 3740 |
| 5. | Bericht des Gemeinderates vom 07.11.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 2'080'000.00 inkl. MWST (mit Holzpellettheizung) für die Erstellung eines ‚Begegnungszentrums / Robinson-Spielplatz am Hegenheimermattweg‘ (Parzelle A 263) | Geschäft 3615B |
| 6. | Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2007 betr. Postulat J. Gass, SP, i.S. 3xjährliche Überprüfung des Mühlebachs auf Wasserqualität | Geschäft 3412A.1 |
| 7. | Bericht Büro Einwohnerrat vom 29.10.2007 betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Allschwil vom 12.04.2000, Verfahrenspostulat Josua M. Studer betreffend schriftliche Beantwortung von Interpellationen | Geschäft 3724A |
| 8. | Postulat Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 19.06.2007, betreffend Kein Aussteigen am Morgartenring, sondern Basel-Allschwil direkt mit dem 6er! | Geschäft 3737 |
| 9. | Postulat Sarah Lorenz, CVP, vom 20.06.2007, zu den Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil | Geschäft 3738 |
| 10. | Postulat Mathilde Oppliger / Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 12.09.2007, betreffend Einführung Gemeinde-Tageskarte | Geschäft 3747 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Markus Rudolf-von-Rohr / Jörg Bertsch

Einwohnerratsprotokoll Nr. 34 vom 11. Dezember 2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Susanne Studer

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Susanne Studer, Präsidentin: begrüsst und lässt die Präsenz feststellen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte Ihnen gerade ganz zu Anfang ein neues Gesicht vorstellen. Es ist der neue gewählte Hauptabteilungsleiter der Finanzen und Steuern. Es ist Herr Dieter Pfister, den der Gemeinderat wählen durfte als Nachfolger von Frau Jacqueline Holzer. Er wird am 1. März seine neue Stelle antreten und bringt einen riesengrossen Vorteil mit sich. Er ist von der BDO Visura, kennt die Gemeinwesen bestens, hat auch schon für die Gemeinde Allschwil gearbeitet. Er hat noch nicht mitgearbeitet am Budget; das geht noch auf Frau Holzer zurück. Er hat dann aber mitgearbeitet beim Finanzplan, der ja dann am Donnerstag Thema sein wird. Wir sind froh, dass wir ihn von der BDO Visura „abwerben“ konnten, wenn ich das so sagen darf, und wir da einen kompetenten Mann in unseren Reihen begrüssen dürfen. Herzlich willkommen, Dieter Pfister!

Susanne Studer, Präsidentin: Bei der letzten Einwohnerratssitzung haben wir versuchsweise die Auszahlungsbereiche anders zugewiesen. Wir haben das im Büro besprochen und möchten den Versuch weiterführen. So zählt Verena Meschberger die SP und bis zu Herrn von Rohr aus, und Herr Pfaff die restlichen und bis zu mir. Ich hoffe, wir haben damit eine gute Idee gefunden.

Neue parlamentarische Vorstösse

Susanne Studer, Präsidentin: Es wurden folgende persönlichen Vorstösse eingereicht:

Motion betreffend ‚*Generelle Aufgabenprüfung*‘ für Allschwil, FDP-Fraktion, Geschäft Nr. 3761
Postulat betreffend ‚*Generelle Aufgabenprüfung*‘ für Allschwil, FDP-Fraktion, Geschäft Nr. 3762

Traktandenliste

Susanne Studer, Präsidentin: Die Traktandenliste wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. Ist diese bestritten? Dies ist nicht der Fall. Entsprechend ist die Traktandenliste genehmigt. Wir kommen zu Traktandum 1.

304 07.010 Budget

Traktandum 1
Berichte des Gemeinderates vom 19.09.2007 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007
betreffend Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde sowie
Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehrsteuer
für das Jahr 2008
Geschäft 3743 / A

Gemeinderats-Vizepräsidentin Nicole Nüssli, Vorsteherin Finanzen – Steuern: Es freut mich sehr, dass ich heute einmal mehr Gelegenheit habe, Ihnen das Budget – 2008 dieses Mal – mit den folgenden Folien zu präsentieren. Der Budgetierungsprozess ist abgelaufen, wie wir ihn in den letzten Jahren im Gemeinderat eigentlich immer ablaufen liessen. Der Gemeinderat hat sich zuerst einmal über die Rahmenbedingungen Gedanken gemacht, das heisst er hat die Budgetvorgaben – Budgetziele – formuliert, definiert, und diese dann als Vorgaben an die Verwaltung weitergegeben. Verwaltungintern wurde dann das Detailbudget erstellt, das sozusagen dezentral in allen Abteilungen, und nachher hat man das zusammengefasst, so genannt konsolidiert, und das war dann der erste Budgetentwurf. Dieser Budgetentwurf stellte die Basis dar für den Workshop, den der Gemeinderat im August dieses Jahres durchführte. Anlässlich dieses Workshops, für den der Gemeinderat für 2 ½ Tage, also ein ganzes Wochenende, in Klausur ging, hat er sich verschiedene Überlegungen zur finanziellen Weiterentwicklung unserer Gemeinde gemacht. Es waren Überlegungen insbesondere – vielleicht zwei, drei Sachen auszugsweise – zur ganzen NFA-Thematik, das heisst zum Gesetz über die Umsetzung des NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden, die zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll. Und vor allem in diesem Zusammenhang die Frage, die sich der Gemeinderat überlegen musste, was für Mehrausgaben –

oder vielleicht sogar Mehreinnahmen – im Zusammenhang mit diesem ganzen Thema auf unsere Gemeinde zukommen werden. Das war eine umfangreiche Arbeit, die der Gemeinderat machen musste, die aber ganz wichtig ist, vor allem wenn wir nachher auch weitersehen im Finanzplan der nächsten Jahre. Der Gemeinderat hat sich in diesem Workshop aber auch Überlegungen gemacht zur gesamten Investitionsplanung, und zwar nicht nur über den Horizont des Finanzplans (das vielleicht jetzt in Klammern, ich werde nachher auch noch Ausführungen zum Finanzplan machen), sondern über einen Zeitrahmen bis ins Jahr 2020 und über die ganze Verwaltung. Also der Gemeinderat liess sich alle Investitionen bis ins Jahr 2020 aufzeigen, hat sich diese Investitionen angeschaut, jede einzelnen beachtet und sich Gedanken darüber gemacht, in welcher Form man die in den nächsten Jahren einstellen können. Man hat sich diese Gedanken gemacht vor allem im Hinblick auf das Machbare und nicht im Hinblick auf das Wünschbare; das vielleicht dazu ganz kurz. Der Gemeinderat hat an diesem Workshop aber auch Budget-relevante Beschlüsse gefasst; er hat sich dort schon Überlegungen zu einzelnen Themen gemacht, über die Sie sich heute Abend auch unterhalten dürfen. Vor allem jetzt spricht Feuerwehersatzabgabe; der Gemeinderat hat dort schon dieses Thema angegangen und geschaut, wie das aussieht, hat dort schon den Beschluss gefasst, dass diese Feuerwehersatzabgabe im Hinblick auf das Budget 08 von 6 auf 8 Prozent angehoben werden soll. Der Gemeinderat hat sich dann im Weiteren auch noch Überlegungen gemacht insbesondere wegen der Höhe der Nettoinvestitionen, er hat sich dort nochmals klar und intensiv mit der Überlegung auseinandergesetzt, wie hoch sollen diese Nettoinvestitionen pro Jahr ausfallen. Man hat dort schon den Beschluss gefasst, dass die Nettoinvestitionen nicht höher ausfallen dürfen als die Selbstfinanzierung – warum, das werde ich Ihnen im Weiteren noch zeigen. Nach diesem Workshop erfolgte dann die Budgetberatung und -verabschiedung im Gemeinderat im Beisein aller Hauptabteilungsleiter, wie das auch schon im letzten Jahr erfolgt ist. Die FIREKO durfte dann im Nachgang das Budget 08 prüfen, hat das auch getan, und jetzt ist die Arbeit am Einwohnerrat, dass Sie sich noch dazu äussern dürfen. Die Budgetvorgaben, die der Gemeinderat machte, ich habe es vorhin angesprochen, sind ganz sicher die, dass der Gemeinderat nach wie vor festhalten will an den übergeordneten Zielsetzungen aus der strategischen Entwicklung der Massnahmenplanung, die der Gemeinderat für 2005 bis 2010 schon einmal festgelegt hat. An diesen Zielen möchte der Gemeinderat wie gesagt festhalten. Das ist ganz klar: positive Ergebnisse in den nächsten Jahren. Das ist ganz klar: Aufbau Eigenkapital auf 6 Millionen, und ganz klar ein Abbau der Fremdverschuldung um 6 Millionen. Der Steuerfuss soll auch unverändert bleiben bei 58 Prozent, auch das ist ganz klar ein so genanntes Fernziel des Gemeinderates, das er dort beschlossen hat. Wichtig aber und oberstes Ziel ist wie gesagt positive Rechnungsabschlüsse, und ein positiver Rechnungsabschluss im Budget '08. Und ganz wichtig ist: keine Neuverschuldung. Das können wir nur erreichen, wenn die Nettoinvestitionen eben kleiner sind als die Selbstfinanzierung. Nur dann gibt es keine Neuverschuldung, das zur Erinnerung. Die Massnahmen, die der Gemeinderat dann bereits eingeleitet hat, und die Ihnen auch schon bestens bekannt sind, sind die, dass wir an der bisherigen Personalstrategie, wie sie formuliert wurde, und wie Sie sie auch schon bestens kennen, weiterhin festhalten, dass wir am Sachaufwand, am Plafond des Sachaufwandes wie gesagt, festhalten wollen, dass wir die Sparmassnahmen weiterführen wollen, dass wir keine zusätzlichen „Nice to have-Ausgaben“ ins Budget einstellen wollen, und wie gesagt, was ich vorhin schon sagte, dass die Nettoinvestitionen unbedingt kleiner sein müssen als die Selbstfinanzierung.

Der Voranschlag 2008 sieht, Sie sehen es, wie folgt aus: Es ist ein Aufwand von 71'365'624 Franken zu einem leicht höheren Ertrag budgetiert von 71'494'049 Franken. Der Mehrertrag, mit dem wir rechnen und den wir Ihnen auch vorschlagen, ist 128'425 Franken. Also wie gesagt ein positiver Rechnungsabschluss, auch wenn er nicht enorm positiv ist.

Die Investitionsrechnung sieht so aus, dass wir Nettoinvestitionen planen von Fr. 3'472'000. Beim Ergebnisvergleich – oder einfach beim Vergleich der Rechnung '06 mit dem Voranschlag '07 und dem jetzt vorliegenden Voranschlag sehen Sie sofort, wir kommen beim Saldo der laufenden Rechnung aus den roten Zahlen heraus, wir sind wieder im schwarzen Bereich, das heisst eben dieser leichte Überschuss von Fr. 128'425. Die Nettoinvestitionen nehmen dem gegenüber ab von 6,8 Millionen auf jetzt diese 3,4 Millionen. Das ist aber ganz wichtig, und das sehen Sie jetzt als nächstes, die Selbstfinanzierung ist 4,2 Millionen, d.h. höher als die Nettoinvestitionen. Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von 123%. Das zeigt ganz klar – eben keine Neuverschuldung, sondern im Gegenteil ein minimster Eigenkapitalaufbau und ein minimster Schuldenabbau.

Abweichungen zum Budget '07 sehen sie hier: Wir haben beim Aufwand eine Abweichung von plus 1,7 Millionen; demgegenüber aber rechnen wir beim Ertrag mit einem Plus von 2,1 Millionen, und deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir mit einem Ertragsüberschuss von 128'000 fahren können im nächsten Jahr '08. Die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Budget '07 sind einerseits der Personalaufwand, der um rund 600'000 steigen wird gegenüber dem Budget '07. Der Grund ist die Stellenaufstockung bei den Sozialen Diensten, die Sie bewilligt haben, einerseits; andererseits sind

sicher auch die Teuerung von 0.75% und der Stufenanstieg mit ein Grund der Erhöhung beim Personalaufwand. Der Sachaufwand musste ebenso erhöht werden um diese rund 300'000, also wir sind mit dem Plafond nicht durchgekommen. Der Hauptgrund dafür ist das neue Abwasserreglement, das heisst, auch die Gemeinde muss neu im '08 für Gemeindestrassen Abwassergebühren bezahlen, und das heisst, wir müssten dort eine kleine Erhöhung berücksichtigen. Bei den „eigenen Beiträgen“ sehen Sie eine Erhöhung von rund Fr. 400'000. Der Hauptgrund dafür ist, wie ich vorhin ausgeführt habe, die Umsetzung des NFA. Das ist ein ganz grosses Projekt, sage ich jetzt mal, welches einfach für die Gemeinden dazu führen wird – und vor allem für die Gemeinde Allschwil zumindest haben wir das so abklären lassen und für uns abschätzen lassen – und wir gehen davon aus, dass für das ganze Paket für die Gemeinde Allschwil jedes Jahr 400'000 Franken Mehraufwand berücksichtigt werden müssen. Demgegenüber haben wir aber bei den Steuern ein Plus von 2,7 Millionen eingestellt. Der Gemeinderat geht davon aus, dass man aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung und aufgrund des Bevölkerungswachstums bei den natürlichen Personen, sprich bei den Steuereinnahmen von den natürlichen Personen, ein leichtes Plus einstellen kann gegenüber dem Budget '07. Aber der Hauptbrocken dieser 2,7 Millionen ist bei den juristischen Personen zu verzeichnen. Dort gehen wir – aufgrund der jüngsten Tendenz, die wir gesehen haben, und aufgrund einer Hochrechnung – davon aus, dass wir dort einen wesentlich höheren Betrag einstellen können gegenüber dem Budget '07. Man sieht das auch anhand dieser Folie. Sie sehen hier die Entwicklung der Steuereinnahmen seit dem Jahr 2002. Man sieht bei den natürlichen Personen gerade in den letzten Jahren von '05, vielleicht auch von '04 an, dass es in etwa der gleiche Betrag ist, mit dem wir bei den Steuereinnahmen rechnen dürfen, dass es hingegen bei den juristischen Personen markant zunehmen wird. Wir gehen davon aus, wie gesagt, dass man das durchaus so budgetieren kann aufgrund wie gesagt der jüngsten Erkenntnisse – Konjunkturlage, überhaupt die gesamte wirtschaftliche Lage bei den Unternehmen. Auch wenn man jetzt beachtet, dass die Unternehmenssteuerreform kommen wird und wir dort bei der Kapitalsteuer vielleicht sogar noch ein wenig ein Minus werden berücksichtigen müssen. Aber ich denke, es ist richtig, dass man da so viel eingestellt hat.

Die Investitionen: Sie sehen auf dieser Folie die wesentlichen Investitionen, die wir im '08 durchzuführen planen. Es sind einerseits Planungskosten Schulhaus Gartenstrasse, das ist die anstehende Sanierung dieses Schulhauses, für die wir im '08 Planungskosten von 250'000 Franken drin haben. Die Realisierung dieser ganzen Sanierung soll dann im 2010/2011 erfolgen, das haben Sie sicher gesehen im Finanzplan, den ich Ihnen ja dann am Donnerstag vorlegen darf. Dann Kindergarten Rankacker: Dort geht es um die Infrastruktur Tageskindergarten. Dort soll ja ein Doppelkindergarten erstellt werden, und die Infrastrukturkosten werden von der Gemeinde übernommen, das sind 100'000, die wir im '08 eingestellt haben. Strassenausbau, Korrektion Herrenweg: Da geht es um den Abschnitt Weiherweg-Ofenstrasse. Diese Strasse ist in einem nicht sehr guten Zustand, dort muss der Belag ersetzt werden. Da haben wir auch einen Betrag von 925'000 drin. Strassenausbau, Brennerstrasse 2. Etappe: Dort geht es darum, dass die mittlere Bauinsel in diesem ganzen Ziegeleiareal auch überbaut werden soll, und dann muss die Erschliessung sichergestellt sein. Da haben wir 750'000 berücksichtigt.

Das, wie gesagt, ist nur ein Auszug. Total an Investitionen – Nettoinvestitionen – sind 3'472'000 Franken, die wir im '08 berücksichtigt haben.

Vielleicht kurz eine Übersicht über die Entwicklung der Vorjahre, aus der sie sehen, wie die Selbstfinanzierungskurve verlaufen ist oder verlaufen wird noch bis ins '08. Man sieht da gerade bei der Selbstfinanzierung, die betrug im '05 noch rund 5 Millionen, nachher ist es massiv gesunken, massiv unter 2 Millionen auf 1,8 Millionen hinabgerutscht, und wird dann wieder steigen laut der Planung. Wichtig ist für Sie, dass wir im Budget '08 die Selbstfinanzierung wieder höher haben als die Nettoinvestitionen. Hier *[zeigt mit dem Leuchtpfeil]* das ist der wesentliche Punkt für den Gemeinderat, damit es nicht wieder zu einer weiteren Neuverschuldung kommt, die weitere Kosten mit sich zieht.

Wichtig ist auch, dass Sie diesen Bereich beachten, wo sich eben weitere Schulden angesammelt hatten, die Fremdschulden hatten in diesem Bereich zugenommen, weil die Selbstfinanzierung unterhalb der Nettoinvestitionen war. Das heisst, wir konnten diesen Bereich der Nettoinvestitionen nicht selber finanzieren und mussten Fremdkapital aufnehmen.

Die Ergebnisse 2008 Spezialfinanzierungen, nur ganz kurz: Sie sehen da, wir rechnen überall bei allen Spezialfinanzierungen, sei das Wasser, Abwasser, Abfall, mit positiven Ergebnissen, das heisst beim Abfall mit 87'000, beim Abwasser 8'000 und beim Wasser 102'180. Die Nettoinvestitionen sind nicht sehr hoch, das ist so. Aber wichtig ist, dass auch da, gerade beispielsweise beim Wasser sieht man, der Selbstfinanzierungsgrad ist 314%, das heisst sicher eine sehr gute Ausgangslage, die wir hier präsentieren können. Beim Abwasser sehen Sie eine Netto-Zahl bei den Nettoinvestitionen, das ist deshalb, weil die Einnahmen höher sind als die geplanten Investitionen, das führt zu einer so genannten

Netto-Investition, das heisst der Selbstfinanzierungsgrad ist dann im Prinzip nicht 100%, sondern man könnte eher sagen, es ist pro memoria, es gibt dort gar keine Berechnung. Beim Abfall sehen Sie 95% Selbstfinanzierungsgrad, das heisst, es ist sicher auch gut.

Noch ein Wort zur Feuerwehersatzabgabe, wo ja der Gemeinderat die Meinung vertritt, dass man sie durchaus von 6 auf 8 Prozent erhöhen könnte, mit dieser Meinung haben wir auch budgetiert, das heisst das ganze Budget '08 basiert auf dieser neuen Ersatzabgabe. Wichtig ist: Es ist keine Steuer, es ist eine Ersatzabgabe, eine Kausalabgabe. Das heisst, diese Steuer, oder respektive diese Ersatzabgabe – jetzt habe ich mich auch noch versprochen – diese Ersatzabgabe ist geschuldet von jemandem, der in dem Sinne nicht persönlich Feuerwehrdienst leisten will, dann muss er diese Ersatzabgabe zahlen, genau gleich wie Militärpflichtersatz. Das heisst, wen jemand bereit ist, persönlich diesen Dienst zu erfüllen, dann ist er auch befreit von dieser Ersatzabgabe. Die Begründung, weshalb der Gemeinderat auf die Idee kam, diese Ersatzabgabe anzuheben, sehen Sie hier drauf. Wir haben festgestellt, als wir zurückschauten, dass diese Ersatzabgabe seit '03 wesentlich retour gegangen ist. Also im '03 war der Betrag von 527'000, im '06 nur noch 374'000, das heisst also ein wesentlicher Rückgang. Das ist zurückzuführen auf die demografische Entwicklung, also die Altersstruktur; einzelne, vielleicht steuerkräftige Einwohner sind aus dem Alter herausgefallen, wo sie Ersatzabgabe entrichten müssen, und deshalb ging dieser Betrag retour. Ein Grund kann vielleicht auch sein, dass die Einkommen entsprechend retour gegangen sind. Wichtig ist aber, dass der Aufwand, den wir für die Feuerwehr erbringen, leicht steigend war in der gleichen Zeitperiode. Sie sehen das hier nicht, aber ich habe es nochmals herausgesucht. Im 2003 waren das 657'000, diese Ausgaben, und im '06 709'000, also ein leichter Anstieg auf der Aufwandseite, auf der Einnahmenseite ein wesentlich markanter Rückschritt in dem Sinne. Wir haben dann verglichen, wie wir zu anderen Gemeinden stehen bezüglich der Höhe dieser Ersatzabgabe, und haben festgestellt, dass wir immer noch im guten Mittelfeld sind, selbst wenn wir nun von 6 auf 8 Prozent anheben würden. Alles in allem ist der Gemeinderat nach wie vor der Meinung, dass es gerechtfertigt ist, dass wir diese Ersatzabgabe anheben; er ist auch nicht der Meinung, dass das irgendwie mit seinen strategischen Zielen nicht vereinbar wäre. Bei diesen strategischen Zielen unter „Nichterhöhung der Steuern“ ist es um Steuer gegangen – ich sage es nochmals deutsch und deutlich – und nicht um die Ersatzabgabe. Klar, man kann nachher definieren, was was ist.

Zur Zielerreichung: Ich bin der Meinung, den ausgeglichenen Finanzhaushalt haben wir erreicht mit diesem vorliegenden Budget. Der Steuereffuss unverändert bei 58% ist auch erreicht. Die Nettoinvestitionen sind auch unter der Selbstfinanzierung – wie gesagt 3.4 Millionen zu 4.2 Millionen – die Sparvorgaben wurden eingehalten. Aufbau Eigenkapital: Das ist leider aufgrund dieses nicht wesentlich hohen Ertragsüberschusses nicht gross möglich, deshalb das Smiley, das nicht ganz so glücklich schaut. Desgleichen beim Schuldenabbau.

Bevor ich schliesse, möchte ich noch allen Hauptabteilungen Dankeschön sagen, den Dank aussprechen im Namen des Gesamtgemeinderates, allen Hauptabteilungen, die sich intensiv mit der Bearbeitung dieses Budgets '08 bemüht haben. Dank gilt aber auch der FIREKO, die das Budget '08 geprüft hat. Und mein letzter Dank gilt Herrn Pfister, dass er das Wagnis unternommen hat, jetzt heute mich da zu unterstützen, obwohl er wie gesagt, Herr Lauber hatte es schon gesagt, an diesem Budget nicht mitgearbeitet hat. Aber ich gehe davon aus, dass er alle Fragen bestens wird beantworten können,

Ich bitte Sie jetzt, dieses Budget so zu genehmigen, vor allem mit den Anträgen, die der Gemeinderat Ihnen unterbreitet hat.

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Zu den Ausführungen von Frau Nüssli sage ich jetzt nichts mehr, die sind nämlich sehr ausführlich gewesen, teilweise meiner Ansicht nach sogar schon Fragen des Finanzplanes betreffend. Und logischerweise ist die letzte Folie natürlich positiv interpretiert; darüber kann man ja diskutieren, aber das ist jetzt noch nicht aktuell. Jetzt komme ich zu den Überlegungen zum Budget aus der Sicht der FIREKO. Als ich das Budget 2008 bekam, dachte ich rein intuitiv: So ein Budget können wir nicht annehmen – oder dann erst, wenn wir auch den Finanzplan dazu kennen. Es hatte ein paar Sachen in diesem Budget drinnen, die mir nicht so gefielen. Ich will auf Details nicht mehr eingehen, weil – Sie hören das dann zum Schluss – es hat keinen Sinn, dass wir über diese Details noch diskutieren. Ich plädierte dann auch in der FIREKO dafür, das Budget zurückzuweisen. In einer ersten Diskussion war fast die Hälfte der FIREKO auch meiner Meinung. Als dann aber der Finanzplan kam – leider erst anderthalb Monate später, anstatt, wie es im Gesetz so schön grosszügig heisst: „gleichzeitig“ – da sah ich auch ein, dass dieses Budget eigentlich das einzig mögliche ist in der jetzigen Situation. Trotzdem, und eben im Zusammenhang mit dem jetzt vorliegenden Finanzplan, kam es mir irgendwie mutlos vor. Es ist einfach im gleichen Stil wie die vorherigen Budgets, das heisst, es werden keine prinzipiellen Probleme gelöst. Ich hatte das Gefühl, man

wagt nichts Neues, sondern man vertraut darauf, dass es so wie in den vergangenen Jahren dann schon recht herauskommt mit der Rechnung anderthalb Jahre später, ohne dass man geradewegs Schiffbruch erleidet. Dieser Meinung bin ich immer noch. Aber ich muss auch sagen, bei dem Finanzplan, den wir dann hoffentlich erst am Donnerstag mit frischen Köpfen diskutieren, ist dieses Budget absolut im Rahmen, und es gibt halt wirklich nichts anderes, als dass wir es wie vorgeschlagen annehmen. Einerseits sind alle Zielsetzungen des Gemeinderates, die Frau Nüssli auf einer Folie zeigte, erfüllt, und zwar in einer Art und Weise, dass man gerade noch so durchrutscht. Wenn man noch den Teuerungszuschlag von 1,3% [berücksichtigt], der noch vom Landrat genehmigt werden muss, und der, wenn er genehmigt wird, auf unser Budget Auswirkungen hat, dann wird aus dieser schwarzen Null – 127'000 Franken machen keine Geiss feiss bei 70 Millionen Umsatz - grad eine richtige Null, oder je nachdem, was bei den Budgetpostulaten noch für Mehrkosten bewilligt werden, sogar eine rote Null. Andererseits zeigt der Gemeinderat im Finanzplan mit seiner Auswahlendung – das ist unser Wort und hat beim Gemeinderat überhaupt keine Gegenliebe gefunden – mit diesen drei Steuerfüssen 58, 59 und 60 Prozent in der Darstellung der Planbilanz, dass auch das primäre Finanzziel des unveränderten Steuerfusses endlich im Gemeinderat allmählich angezweifelt werden musste. Es ist drum aus meiner Sicht trotz allem richtig, dass wir im Budget 2008 noch mit dem Steuerfuss 58% arbeiten. Dass der Gemeinderat das Budget so präsentieren kann, ist nur möglich gewesen, weil alle Hauptabteilungen ihre Hausaufgaben mehr als nur gut gemacht haben. Drum sage ich an dieser Stelle ganz laut und deutlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Hauptabteilungsleitern ganz herzlich „danke“ für ihre super Arbeit. Die Diskussionen in der FIREKO haben die gute Budgetierungsarbeit sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen festgestellt. Sie werden sich sicher noch an die heftige Diskussion erinnern im Juni dieses Jahres, als es um den Abschluss 2006 ging. Dort hat ja die FIREKO bei den Steuerabgrenzungen in den Raum gestellt, dass praktisch ein Paradigmenwechsel vorgenommen wurde und damit ein Defizit präsentiert wurde, das etwa viermal grösser war als im Budget. Im vorliegenden Budget 2008 sind jetzt die Steuerabgrenzungen – ich möchte fast sagen Gott sei Dank – wieder im ähnlichen Rahmen wie das bisher der Fall war, mit eben dieser einen Ausnahme im letzten Frühling. Auch das hat die FIREKO positiv zu würdigen gewusst. Drum beantrage ich Ihnen jetzt aus eigener Überzeugung – und mit der ganzen Finanzkommission einstimmig – die Anträge des Gemeinderates anzunehmen, mit einer Ausnahme: der Feuerwehrsteuer. Dort komme ich dann sicher als Vertreterin der Postulanten aus der FIREKO nochmals zu Wort. Die Feuerwehrsteuer ist ja noch abhängig von diesen Budgetpostulaten. Die Unternehmenssteuer hingegen, das hat der Gemeinderat supergut vorausgesehen, ist genau schon richtig im Budget enthalten, nämlich so, wie es vorgeschrieben ist nach dieser Abstimmung vom 25. November.

In dem Sinne also: Annahme der Anträge des Gemeinderates, mit Ausnahme der Feuerwehrsteuer. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit; es war das letzte Budgetreferat, das ich gehalten habe, und das ist schon ein bisschen traurig.

Susanne Studer, Präsidentin: fragt den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Die Präsidentin eröffnet die Diskussion und bittet, nur allgemein zum Budget zu sprechen. Detailliert zu einzelnen Geschäften möge erst beim jeweiligen Budgetpostulat gesprochen werden.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Das Budget hat in der SP/EVP-Fraktion keine Begeisterungstürme ausgelöst. Andererseits aber haben wir auch nichts zu bemängeln. Vielmehr dürfen wir feststellen, dass das Budget sachlich ist, seriös ausgearbeitet ist, und dass die Einnahmen und Ausgaben dem entsprechen, was in Allschwil sein muss und sein soll. Es verbleibt uns darum, dem Gemeinderat und allen involvierten Mitarbeitern der Verwaltung zu danken für die geleistete Arbeit im Rahmen des Budgetprozesses.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Dieses Budget haben wir alle angeschaut, alle gelesen und jetzt heute Abend auch noch ein paar Details mehr gehört. Ehrlich verwundert waren wir nur darüber, was die SP gemacht hat. Sie haben sehr viele Budgetpostulate eingereicht. Ich mag mich erinnern, dass es von dieser Seite geheissen hat, die SVP verschwende Papier. Jetzt macht ihr es uns schon nach, in dem Fall kann das also nicht so schlecht gewesen sein. Was uns aber nicht verwundert hat, ist, dass diese Budgetpostulate im Allgemeinen einfach Geld kosten. Unsere Budgetpostulate sind eigentlich einsparend gedacht, und eure sind „ausgabend“ gedacht. In Anbetracht der in Aussicht gestellten möglichen kommenden Steuererhöhungen solltet ihr nämlich die ganzen Budgetpostulate, die Geld kosten, ultimativ zurückziehen.

Zwei Sachen haben wir gesehen in diesem Budget, das sonst allgemein sehr gut ist in unseren Augen, weil wir einfach festgestellt haben, dass doch ziemlich überlegt budgetiert wurde. Wir haben die

Hoffnung, dass das auch so eingehalten werden kann. Die zwei Sachen, die wir gesehen und die uns nicht gefallen haben, haben wir mit unseren Budgetpostulaten eingereicht, die habt ihr ja zur Kenntnis genommen. Und das dritte Budgetpostulat, das ist ein allgemeines Thema, das wir einfach aufs Tapet bringen müssen und wollen, das ist die Steuerreduktion. Und wie ihr auch gesehen habt, der Ansatz ist ein bisschen anders als in anderen Jahren. Wir kommen euch entgegen, jetzt könntet ihr uns auch ein bisschen entgegenkommen. Zu den einzelnen Budgetpostulaten werden wir uns zu gegebener Zeit melden, und die SVP ist für Eintreten auf das ganze Geschäft.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Jetzt, zu den Worten von Verena Meschberger möchte ich sagen, sie hat jetzt da eigentlich speziell gesagt: Das Budget muss man anschauen, aber, eben, den Finanzplan auch, oder, beides miteinander, das gehört irgendwie schon zusammen, es ist ein Zusammenhang da. Wie es im momentanen Budget aussieht, Nicole Nüssli, da kann man sagen, ein ausgeglichener Finanzhaushalt, so sieht's aus. Wenn man aber eben das Ganze anschaut und sich gewisse Überlegungen macht, dann macht man sich schon ein bisschen Sorgen. Es ist einfach grundsätzlich so – Nicole Nüssli, du hast es selber gesagt, eben: keine „Nice to have“-Aufgaben; aber ich möchte jetzt sagen, die sind in diesem Budget '08 auch schon enthalten. Und wenn wir noch weiter schauen, ich möchte jetzt sagen, wie gesagt, weil es ein Zusammenhang ist, '08 bis 2012, Finanzplan, da sieht man einfach, dass, wenn wir so weiterwursteln, ich sage es jetzt so, ein Schuldenabbau nicht absehbar ist. Also, wie gesagt, weil es zusammengehört, prangere ich jetzt zuerst einmal an, was wir in der Pipeline haben, oder. Das ist Tempo-30-Zone, das sind Tagesschulen, beim Feuerwehrmagazin will ich einfach sagen, Feuerwehr ist eine notwendige Sache, aber sie brauchen nicht unbedingt einen Palast, oder, es muss eine zweckmässige Sache sein. Ich weiss, die Feuerwehr wird von gewissen Kreisen sehr gehätschelt, das ist mir auch klar. Und was wir – gut, es heisst ja immer, das Parlament, die Mehrheit des Parlaments hat ja das schlussendlich beschlossen, das hast ja du wegen Tempo 30 auch schon gesagt, Toni Lauber, aber zu den Exponenten, die das beschlossen haben, zu denen gehörst du eben leider auch, auch wenn du in der Exekutive bist, da muss man sich einfach, weiss du, da möchte ich fragen, da muss man sich langsam sagen, auch als Gemeinderat, Nicole, du hast dich manchmal auch schon genervt, oder, von den eigenen, ist man denn schlussendlich noch in der richtigen Partei, oder, da muss man sich auch langsam fragen, was hier drin alles abgeht. Und wie gesagt wir haben jetzt da Einbussen – Unternehmenssteuerreform – ich bin nicht ein Wirtschaftsfeind, wisst ihr, aber die privaten Personen, die bleiben am Laufmeter auf der Strecke. Es ist ja schon orakelt worden, wann wir die Steuer erhöhen auf 60 Prozent. Ich finde, das ist eigentlich schon eine verrückte Sache, man sagt ja mit dieser Aussage denkt man ja schon laut nach: Jawohl, wir müssen noch mehr Geld haben! Die Ausgabenmentalität ist ungebremst in diesem Parlament, und ich meine, ich kann das wirklich bezeugen, ich kann das ja unterschreiben. Jetzt habe ich die fragwürdigen Investitionen aufgelistet, in diesem Finanzplan, weil alles zusammenhängt. Und jetzt eben wegen der Unternehmenssteuerreform: Ich mag ja denen weniger Steuern schon gönnen, aber wie gesagt der Kleine, der kommt immer mehr an die Kasse. Und jetzt da wegen dem Tageskindergarten, da muss ich halt sagen, die Punkte, die ich jetzt anprangere, da sind unsere zwei linksbürgerlichen Wischwaschi-Parteien, die sind da massgeblich beteiligt an diesen Posten, sonst wären sie nämlich gar nicht aufgeführt. Das ist eben das, was mich stört. Und vor allem jetzt Tageskindergarten, Erziehungspflicht, immer mehr auf den Staat abwälzen. Eine Wirtschaftspartei wie die FDP, ich greife mir an den Kopf! Die Wirtschafts- und Unternehmenssteuerreform, aber wenn man sich dann soll beteiligen, wenn man immer sagt „Wir brauchen Frauen am Arbeitsplatz“ – wo bleibt denn da die Wirtschaft und macht das Portemonnaie auf? Das soll dann wieder der normale Durchschnittsteuerzahler bezahlen. Und eben der Trend, dieser liederliche Trend, wird auf eine gewisse Art noch forciert, eben weil man heute einfach eine andere Mentalität hat: Ja, man hat Kinder zum Plausch, aber die anderen sollen ja mitfinanzieren, damit wir uns auch noch verwirklichen können. Das ist einfach nicht in Ordnung. Und grundsätzlich, oder, es ist im Moment gar nicht möglich, anders zu budgetieren, aber es ist kein grosser Wurf. Und ihr müsst euch auch wirklich selber ein bisschen an der eigenen Nase nehmen, nicht nur die Linken, ihr macht ja mit, ihr seid ja ein Club, die drei Parteien. So kann's nicht weitergehen, und von dem her habe ich grosse Bedenken, und ich werde natürlich jetzt, wenn man dann schon für gewisse „Nice to have“-Aufgaben immer wieder Geld hat, es kommt ja immer wieder eine gewisse linksbürgerliche Mehrheit zustande, dann wäre es nicht mehr als gerechtfertigt, wenn man den Steuersenkungsantrag der SVP unterstützen würde. Und ich hoffe, dass ihr vielleicht einmal eine Geste macht, und dann machen wir uns vielleicht glaubwürdiger, dass wir in Zukunft ein bisschen mehr aufs Geld schauen wollen, und nicht einfach nur, um gewissen Bevölkerungskreisen zu gefallen – wohlzugefallen! – den gesellschaftlichen Trend nachvollziehen, einfach immer liederlicher, oder, und da immer nur den Bückling machen. Das geht nicht, und da macht ihr nie mehr Wählerstimmen bei den nächsten Wahlen. Da bin ich überzeugt. Also von dem her, wir nehmen dieses Budget zur Kenntnis, es ist kein grosser Kellenwurf, aber wir werden es nicht bekämpfen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion nimmt dieses Budget nicht zur Kenntnis; wir werden ihm zustimmen, Bruno Steiger. Es ist schon viel gesagt worden. Auch wir haben gesehen, beim Aufwand, es ist sehr knapp budgetiert worden, es ist sehr genau unterschieden worden zwischen „nice to have“ und „must have“. Ich glaube, wir müssen da der Verwaltung und dem Gemeinderat wirklich ein Dankeschön widmen für das grosse Engagement, das man eingeworfen hat, um dieses Budget zu erstellen. Die CVP-Fraktion hatte eine Freude am vorliegenden Bericht. Wenn man die Seiten 1 bis 12 genau studierte, dann wusste man genau, worum es geht, und das ist doch sehr positiv. Ein spezieller Dank für die saubere Präsentation! Was mich heute Abend speziell gefreut hat, ist das engagierte und ausführliche Votum von Frau Nüssli. Also da ist jetzt wirklich nichts mehr beizufügen. Sie hat sehr viel gesagt, wir konnten sogar sehr vieles auf Folien lesen. Und ich bitte doch den Gemeinderat, in diesem Sinne weiterzufahren. Wir werden diesem Budget zustimmen.

Robert Richner, FDP-Fraktion: Auch die FDP hat dieses Budget zur Kenntnis genommen, war auch sehr begeistert, wie die Arbeit geleistet worden ist für dieses Budget. Trotz allem halt, es ist halt sehr knapp mit den Finanzen, und wenn das Schicksal zuschlägt, wird vielleicht der Landrat morgen den kleinen Überschuss schon wieder in eine unausgeglichene Rechnung verändern. Aber es ist nun einmal im Leben so, wenn es einmal gegen einen läuft, dann läuft es eben gegen einen. Aber ich bin immer überzeugt, dass wir eine Lösung finden werden. Es ist nicht das erste Mal, dass wir Probleme haben. Wir werden auch dieses Mal drüberkommen. Die FDP wird das Budget auch annehmen.

305 07.010 Budget

Traktandum 1.1.1

Stellungnahmen des Gemeinderates vom 28.11.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007 zu den Budgetpostulaten Geschäft 3743B / C

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Dieses Jahr haben wir zu meinem letzten Mal einen Kurzkomentar zu den Empfehlungen zu den einzelnen Budgetpostulaten gegeben. Übrigens: Etwas ist untergegangen in dieser Liste. Die Kolonne „Empfehlungen FIREKO“ ist wie bisher zu lesen. Das „2 : 4“ heisst: Zwei waren dafür und vier dagegen. Ich danke an dieser Stelle Thomas Pfaff als Präsident der GPK für den Tipp, dass wir doch wie bei den Leistungspostulaten zu den Budgetpostulaten auch einen Kurzkomentar abgeben sollen. Der soll dazu dienen, und ich finde das eine gute Idee, Ihnen auch einen Hinweis zu geben, warum die Empfehlung der FIREKO so ausgefallen ist und nicht anders. Aufgefallen ist bei der diesjährigen Sammlung der Budgetpostulate, dass die, die schon fast zur Regel geworden sind, nämlich die Beiträge ans Theater, an die GGG oder für die Partnerschaften, dieses Jahr fehlten. Auch das standesgemässe Budgetpostulat betreffend Steuersenkung ist auf ein halbes Prozent zurückgefahren worden. Hat etwa auch die SVP gemerkt, dass Allschwil dringendst auf Steuergelder angewiesen ist, und zwar in der jetzigen Höhe? Auch auffällig ist, dass kein einziges Budgetpostulat von der FDP oder von der CVP kam. Josua Studer hat das zwar positiv bewertet, indem er der SP jetzt vorgeworfen hat, sie veranstalte einen Papierkrieg und die CVP dafür nicht mehr. Ich habe mich aber gefragt, sind die CVP und die FDP so vorbehaltlos mit dem Budget einverstanden, dass sie wirklich keine Wünsche mehr haben, oder haben sie einfach resigniert?

Normalerweise verzichtet ja die FIREKO darauf, auf einzelne Budgetpostulate einzugehen. Trotzdem erlaube ich mir dieses Jahr, zu drei Budgetpostulaten etwas zu sagen. Das erste ist die Nummer 3, wo Josua Studer eine Senkung der Abfallgebühren verlangt im gesamten Umfang des Überschusses. Es hätte dort nämlich nur einen Anruf bei Andreas Linder gebraucht um herauszufinden, dass die Gemeinde allfällige Überschüsse von Spezialfinanzierungen – oder auch Defizite natürlich – genau wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, der richtigen Spezialfinanzierung zuweist. Das heisst, dass in den Erläuterungen zum Voranschlag ganz simpel und einfach ein entschuldbarer Tippfehler passiert ist. Und im Übrigen finden wir die Idee, den ganzen Überschuss zur Senkung der Abfallgebühren zu verwenden, ein bisschen komisch. Das würde nämlich heissen, dass wir jedes Jahr die Abfallgebühren anpassen müssten, entweder nach unten oder nach oben. Und das kann ja nicht effektiv sein. Was ganz sicher sein muss – und da bin ich sicher, das macht auch die zuständige Abteilung – dass die Abfallgebühren immer im Auge behalten und angepasst werden, nach unten oder oben, wenn es die Situation erfordert.

Beim Rasenmäher für den Friedhof – das ist das 4. Postulat – hat es drei Enthaltungen bei der FIREKO-Empfehlung. Und zwar deshalb, weil drei Leute nicht wussten, was „vertikutieren“ ist. Das ist in dem Sinn eine Bitte an die Postulaten: Verwenden Sie doch keine Fremdwörter, und wenn es Fremdwörter sind, die

für Gärtner und sonstige Gebäudeverantwortliche geläufig sind, dann erklären Sie sie doch bitte uns, die wir nicht hauptberuflich oder hobbymässig Gärtner sind.

Beim Postulat betreffend Wiedereröffnung der Toiletten, dem 5. Postulat, fehlt ganz einfach ein Betrag. Das heisst der Gemeinderat und die FIREKO mussten mit der Hochbauabteilung Kontakt aufnehmen und ausrechnen lassen, was denn das Postulat kosten würde. Ich frage mich, ob das Postulat in dem Fall nicht einfach ein Stupf war, dass man wieder einmal etwas tun sollte in dieser Sache. Wenn das so sein sollte, dann fände ich, dass ein ganz normales Postulat der richtigere Weg gewesen wäre. Dann hätte man nämlich auch seitens der Gemeinde die Möglichkeit gehabt zu schauen, ob es vielleicht andere, gescheitere Möglichkeiten gäbe, um Toiletten wiederzueröffnen, als einfach die vorhanden gewesenen wieder brauchbar zu machen.

So, nun habe ich aber genug geschulmeistert. Ich tu das halt manchmal furchtbar gern. Ich bin jetzt gespannt, was der Rat zu den einzelnen Postulaten zu diskutieren hat, und wie er darüber entscheidet. Zum Glück sind ja eigentlich, Josua Studer, trotz allem die einzelnen Postulate eher bescheiden ausgefallen. Und das finde ich gar nicht übel. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche mir eine lebendige Diskussion.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur Beratung der einzelnen Budgetpostulate.

306 07.010 Budget

Traktandum 1.1.2
Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend
Laufende Rechnung, Pos. 020-319.00, Übriger Sachaufwand,
100 Solardächer für Allschwil
Geschäft 3743B.1

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Zu diesem Budgetpostulat gibt es ein paar Sachen zu sagen, ich habe auch zwei, drei Folien nach vorne gegeben. Ich möchte aber zuerst vorausschauend sagen: Mit der Annahme dieses Budgetpostulats kann der Einwohnerrat Allschwil heute Abend ein Zeichen setzen. Es geht nicht so sehr darum, dass der Gemeinderat mit Recht gesagt hat, er unterstütze private Aktionen überhaupt nicht, er sehe diese Sache kritisch an. Das Projekt, das ich euch kurz vorstellen möchte, ist allerdings eher unter dem Stichwort „Private-Public-Partnership“ zu verstehen, dass nämlich die Gemeinde mit einer privaten Organisation, die übrigens auch von staatlichen und halbstaatlichen Stellen getragen wird, der Bevölkerung von Allschwil eine Beratung vor Ort zuführt. In dem Sinne betrachte ich das, im Gegensatz zur FIREKO, als Kernaufgabe der Gemeinde, dass die Bevölkerung zum Energiesparen gebracht werden kann, dass Energie sparen propagiert wird. Ich komme im Verlauf dann noch darauf zurück, wie viel das sein kann. Der Gemeinderat hat in der Begründung auch angeführt, dass die EBM-Umweltberatung für die Allschwiler Bürgerinnen und Bürger da ist. Allerdings ist die EBM in Münchenstein. Sie haben eine Broschüre dort auf der Website, ich habe sie heute nochmals angeschaut. Robert Vogt, verzeih mir den Ausdruck, aber die hat wirklich keinen Werbe-Oskar oder sonst so eine Auszeichnung verdient. Die könnte man ein bisschen weiter streuen, breiter streuen, ein bisschen attraktiver gestalten. Als mich das Wort „Sonnenenergie“ als Suchbegriff eingab auf der EBM-Seite: „kein Treffer“. Also, die EBM kümmert sich nicht wahnsinnig um Sonnenenergie. Ich weiss aber, dass sie eine sehr breit abgestützte Umwelt- und Energieberatung hat. Die Organisation „Energiezukunft Schweiz“, sie wird unter anderem von der IWB und der EBL getragen, hat die Idee lanciert, 100 Sonnendächer in jeder Gemeinde zu bauen. Das ist im Oberbaselbiet vor allem, aber mittlerweile auch in Münchenstein, zu sehr grossem Erfolg gekommen. Wieso sollten wir das lancieren (und jetzt bitte ich um die erste Folie)? Das Baselbiet ist trotz gegenteiligen Behauptungen gewisser Weintrinkerinnen und Weintrinker eine sehr sonnige Gegend. Die Heizkosten werden markant steigen. Der Energiebedarf weltweit steigt, und die Ressourcen nehmen ab. Wenn der Ölpreis weiterhin so steigen wird, so wird man im Jahr 2010 pro Jahr ungefähr 3'000 Franken brauchen, um ein Einfamilienhaus zu heizen. Die Wassererwärmung ist der zweitgrösste Energieverbraucher im Haushalt. Mit einer Solaranlage kann man bis zu 3'000 Kilowatt Energie sparen pro Jahr. (Jetzt bitte ich um die zweite Folie.) Das heisst – diese 15 Prozent Energiebedarf, das sind ungefähr 400 Liter Öl, die substituiert werden können – wir können acht Monate lang von der Sonne gratis und franko Wasser heizen lassen. Und diese 100 Anlagen substituieren 40'000 Liter Heizöl oder hochwertigen Strom, und das jedes Jahr. Das ist einfach nicht nichts, und in der heutigen Zeit können wir es uns, glaube ich, einfach nicht mehr leisten, so viel Heizöl zu verheizen. Da ist nicht einmal die Auswirkung aufs Klima gemeint, sondern schlicht und ergreifend, dass das ein viel zu

wertvoller Stoff ist, das Öl, als dass man es einfach so verheizt. Was ist gemeint mit diesem Projekt, und was hat Allschwil davon? Es profitieren die Bürgerinnen und Bürger, die Einwohnerinnen und Einwohner vor allem von einer Projektleitung, von einer umfassenden Kommunikation, Ausstellung und Anwesenheit von Energiefachpersonen, und zwar kommen die hierher. Das heisst, die Meinung ist, dass die Gemeinde Allschwil so ein Treffen hier in Allschwil organisieren wird. Es gibt eine kostenlose Energieberatung, Qualitätssicherung der installierten Anlage, attraktive Konditionen, ausgewählte Hersteller, übrigens alle aus dem Baselbiet, Mengenrabatt an die Kunden in der Gemeinde. Und wenn 100 Solardächer realisiert werden können, kann tatsächlich eine Menge Öl gespart werden. Die Gegenleistung – und da komme ich zum Preis für das alles: Die Räumlichkeiten müssten von der Gemeinde bereitgestellt werden für einen Informationsanlass. Eine Publikation in den Gemeindenachrichten oder auf der Gemeindehomepage, das ist mehr oder weniger günstig. Lieferung der Adressen oder der Versand einer Einladung an Liegenschaftsbesitzer. Und das Entrichten eines Pauschalbetrages von einem Franken pro Einwohner, maximal jedoch 10'000 Franken. Ich denke mir, das ist eine wahnsinnig günstige Angelegenheit. Wir kommen nie mehr so günstig zu einer umfassenden Energieberatung, von der tatsächlich eine Menge Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil profitieren können. (Ich bitte noch um die dritte Folie.) Da sind die Kosten ungefähr aufgelistet, was so eine Anlage etwa kosten würde. Es sind ungefähr 14'500. Die Kosteneinsparung wegen der Mengenrabatte und der Energieberatung würde etwa fast 2'000, also ca. 1'900 ausmachen. Das heisst, man würde ungefähr ein Drittel des Anlagewertes einsparen können, und ich denke mir, das ist doch ein riesengrosser Anreiz, dass die Leute anfangen, Energie zu sparen. Und da sehe ich eine Kernaufgabe der Gemeinde. Ganz zum Schluss möchte ich hier sagen, im Sinne der Zeitungsmeldungen der letzten Zeit: Ich habe das so übernommen, ich habe das bekommen von Herrn Luchsinger, das ist nicht auf meinem Mist gewachsen, deswegen ist untendrunter der Balken. Ich mache mich da also keines Plagiats schuldig. Ich möchte euch bitten, das Postulat zu überweisen, und möchte den Gemeinderat bitten, das entgegenzunehmen. Ich habe auch ein entsprechendes Postulat eingegeben. Und ich bin wirklich der Meinung, der Gemeinde Allschwil würde es gut anstehen, auf diesen Zug aufzuspringen. Er ist in voller Fahrt im ganzen Baselbiet. Und: 15'000 Franken sind keine grosse Geschichte. Ein Flugzeugträger ist teurer.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Es ist in der Tat sein sehr wohlwollendes Postulat, das da gemacht wird. Sonnenenergie ist definitiv eine sehr gute Sache, um das Warmwasser zu erzeugen. Es ist aber so, und das haben Sie auch gelesen in unseren Unterlagen, dass wir das aus zwei Gründen ablehnen werden. Nämlich erstens: Das ist eine private Aktion. Das heisst, die Gelder gehen im Prinzip verloren für Beratung und für Begleitung von solchen Solaranlagen. Und der Gemeinderat ist überzeugt, dass Sie dieses Geld direkt dem Installateur bringen können, und der kann Ihnen heute so eine Solaranlage aufs Dach stellen. Das heisst, dann würde man die Einsparung sicher auch gewinnen können im freien Markt. Der zweite Grund ist eben der, wie schon gesagt, dass die EBM eine Energieberatung anbietet. Das heisst, jeder Hausbesitzer kann heute von dieser Dienstleistung profitieren, die Informationen einholen, Unternehmerlisten verlangen; er kann sich sogar auch bei den Offerten, die er bekommt, beraten lassen. Und dadurch ist der Gemeinderat überzeugt, dass das alles heute schon funktioniert. Und damit Sie mich recht verstehen: Sonnenenergie ist gut, ist zukunftsfähig, und das wollen wir auf keinen Fall stoppen. Aber wir möchten keine 15'000 Franken sprechen, um dem einen Anschub zu geben.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Lieber Christoph, es ist immer nur ein Franken pro Einwohner, maximal 10'000. Es war bei der AKW-Sache von Fessenheim so und überall, es ist einfach immer nur ein Franken. Wir müssen mal davon wegkommen, und es ist auch so, wenn das wirklich so lukrativ und interessant wäre, dann würde es die EBM selber machen. Aber du hast selber gesagt, sogar auf deren Internetseite findet man unter diesem Stichwort nichts. Das zeigt doch, dass sie selber daran gar nicht in dem Sinn interessiert sind. Und wenn, dann sollten sie das machen, und das sind nicht Kernaufgaben, die eine Gemeinde hat. Und ich denke, heutzutage ist Umweltschutz bei allen im Mund, die Idee des Umweltschutzes bei allen im Mund, egal welche Partei, man muss es ja nicht immer extra erwähnen; aber ihr streicht es immer wieder heraus. Und man tut das, was man kann, und wenn es nicht der Lucius Cueni ist, der uns da Vorträge hält, dann ist es einfach der Christoph Morat, Hauptsache, wir haben da immer schön viele Folien und Unterrichtszahlen. Und die SVP ist also gegen dieses Postulat.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion lehnt dieses Budgetpostulat leider auch ab, und das aus folgendem Grund: Zum gleichen Thema hat Christoph Morat ja auch noch ein Postulat eingereicht. Und wir möchten uns dann eingehend mit dem Thema auseinandersetzen, wenn jenes Postulat im Einwohnerrat behandelt wird. Das ist der Grund.

://:

Mit 22 : 13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.1, abgelehnt.

307 07.010 Budget

Traktandum 1.1.3

Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend

Wasserrechnung, Pos. 700-318.00, Dienstleistungen und Honorare

Durchführung von Trinkwasserscreenings, Krediterhöhung um CHF 15'000.00

Geschäft 3743B.2

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Warum gebe ich das ein? Der Gemeinderat hat das zwar eigentlich gut beantwortet. Ich gehe auch relativ einig mit ihm, dass, wenn man es jetzt auf das Wasser von Basel beziehen, dann ist das eigentlich nicht so gefährlich. Basel macht sicher seine Screenings und schaut sich das an, sie versorgen sicher auch viel mehr Leute mit diesem Wasser. Jedoch schreibt man auch da drin, wir würden erst wieder Schönenbucher Wasser nehmen frühestens im Frühling 2008, wenn die Tiers-Expertise vorbei ist. Wenn man sich dann entscheidet, das Wasser zu nehmen, dann muss man einfach wissen, dass der Lieferant, sprich nachher Allschwil, verantwortlich ist für dieses Trinkwasser. Wenn etwas drin festgestellt wird, und sollte wirklich etwas passieren, so ist Allschwil als Lieferant haftbar für so etwas. Wenn wir von Schönenbuch das Wasser nehmen – und ich weiss jetzt schon wie diese Tiers-Expertise tönen wird, nämlich dass es einfach wieder einmal heisst: ja, ja, sicher alles in Ordnung! – aber wir wissen dass dort hinten diese Chemie ausläuft, und wenn wir dieses Wasser wieder beziehen würden, dann müssen wir etwas machen. Ich hatte auch eine Absprache mit dem Labor, das sagte, diese ca. 1000 Franken im Monat, das ist absolut unterste Grenze, damit man einigermaßen ein Screening machen kann, wie dieses Trinkwasser aussieht. Das ist nicht ein sehr grosses Screening, aber die notwendigsten Sachen. Man sieht, ob ein Peak drin ist, ob irgend etwas wirklich ausläuft, ob es einen höheren oder einen tieferen Pegel gibt. Darum meinte ich auch, wenn wir das jetzt überweisen – das heisst ja nicht, wenn Basel es bezieht, brauchen wir das nicht, also wenn wir das Wasser von Basel beziehen, brauchen wir es nicht. Was ist, wenn wir entscheiden, wir nehmen es von dort? Dann sollte auch der Gemeinderat Unterstützung haben vom Rat, der sagt: Jawohl, wir können sofort etwas machen. Denn diese Screenings sind für dann wichtig, denn das AUE allein ist nicht verantwortlich für das Allschwiler Wasser. Wir holen die Screenings von dort, aber Allschwil ist es. Muttenz macht das auch. Muttenz macht das schon länger, weil auch sie sagen: Wir sind verantwortlich für das Wasser und nicht Basel in dem Sinne. Drum möchte ich euch beliebt machen, das zu überweisen. Solange wir von Basel beziehen, brauchen wir es nicht; wenn wir es haben, können wir sofort darauf zurückgreifen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Jürg Gass hat es bereits gesagt, im Grunde genommen könnte man auch verzichten auf dieses Postulat, weil wir das ja vermutlich sowieso nicht brauchen werden.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion: Wie Jürg Gass auch schon angedeutet hat, ist es ja so, dass wir eigentlich seit Monaten – ich weiss jetzt nicht mehr genau, wann das war – das Trinkwasser von Basel beziehen. In dem Postulat, das Jürg Gass gestellt hat, geht es um das Trinkwasser, das heisst in dem Fall nicht ums Grundwasser, das sind zwei verschiedene Sachen. Das Trinkwasser, das wir im Moment beziehen aus Basel, das wird sicherlich auch regelmässig kontrolliert, und es ist ja auch so, dass laut Recht die fliessenden Gewässer in der Hoheit des Kantons liegen. Von dem her sehen wir es im Moment nicht als notwendig an – obwohl, wir setzen uns sehr ein für die Sanierung dieser Chemiemülldeponie – aber dass das Wasser monatlich so kontrolliert wird; und ich muss auch persönlich jetzt sagen, Jürg Gass, du sagtest zwar, du hättest angefragt wegen der Kosten, aber mir sind andere Kosten bekannt, und ich weiss nicht, ob das dann sinnvoll ist, wenn man einfach ein Minimum aufwendet pro Monat – diese 1'000 Franken – um gerade mal das Minimum zu sehen. Also meiner Meinung nach macht man es entweder richtig oder nicht. Von dem her lehnt die CVP das ab.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Herr Jürg Gass hat es schon gesagt: Vielleicht brauchen wir dieses Geld gar nicht. Und was ich in letzter Zeit gelesen habe: Die Chemie-Industrie gibt uns ein Zuckerli, sie hat einen Fonds gemacht, will Millionen zur Verfügung stellen, und sie wollen das sanieren. Und man weiss

ja nicht, ob dann das AUWE zufrieden gestellt wird und sagt: Ja, das kommt gut, wir müssen da gar keine Proben mehr machen. Aber ich muss da einfach sagen, die Allschwiler Bevölkerung, das hat sich in den letzten Jahren gezeigt, ist besorgt um unser Trinkwasser, und wegen nichts haben wir, glaub ich, nicht auf Basel umgestellt mit dem Wasserbezug. Und wenn das eben wieder eintreffen würde – und ich meinte auch, wenn es nicht eintrifft – wir müssten einfach weiterhin wissen, was da abgeht in den Bächen und Quellen, die wir da haben. Ob wir es brauchen oder nicht – es wäre gut, wenn wir es zur Verfügung hätten. Und ich möchte euch alle bitten, dem zuzustimmen, dem Geld. Vielleicht brauchen wir es nicht, dann können wir es sparen. Ich hoffe es.

Susanne Studer, Präsidentin, lässt über das Budgetpostulat abstimmen.

://:

Mit 22 : 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.2, abgelehnt.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Irgendetwas kann ja nicht aufgehen. Das vorhergehende Budgetpostulat haben wir mit 13 : 22 mit einer Enthaltung abgelehnt, und jetzt sind es 14 : 22 bei einer Enthaltung. Also irgendetwas stimmt ja nicht.

[Ungeordnete Diskussion darüber, ob jemand, evtl. Peter von Arx, bei der vorhergehenden Abstimmung auf dem WC war. Peter v. Arx bestreitet dies. Die Präsidentin meint, dies sei „ja jetzt gleich“. Ch. Morat protestiert.]

Susanne Studer, Präsidentin: Wollt ihr die Abstimmung wiederholen? Dann müsst ihr einen Antrag stellen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Keine Wiederholung. Aber einfach der Umgang mit den Menschen hier drinnen, einfach zu sagen: Ist nicht da gewesen. Akzeptiert doch, wenn sich jemand meldet und sagt: Halt, ich habe dazugeschaut, ich war dabei! So ein „ist gleich“ ist mir nicht gleich.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Es ist nicht lustig. Es geht ums Trinkwasser und um die Gesundheit der Bevölkerung bei dem, worüber wir hier abstimmen. Ich verlange nochmals eine Abstimmung.

Susanne Studer, Präsidentin: Das ist ein Rückkommensantrag. Dazu braucht es zwei Drittel. Wer dem zustimmen möchte, zeigt bitte die Karte.

://:

Mit 26 Stimmen, bei einer 2/3-Mehrheit von 25 Stimmen, wird dem Rückkommensantrag entsprochen.

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Winter, das „ist mir gleich“ ist mir herausgerutscht, sorry!

2. Abstimmung:

://:

Grossmehrheitlich (23 Nein, 15 Ja, 1 Enthaltung) wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.2, abgelehnt.

308

07.010

Budget

Traktandum 1.1.4

Budgetpostulat SVP-Fraktion, Josua M. Studer, betreffend

Laufende Rechnung, Abfallbeseitigung, Pos. 720-38 / Unterkto. 720-380.00

Einlagen in Spezialfinanzierungen, Senkung der Gebühr für Abfallmarken

Geschäft 3743B.3

Josua Studer, SVP-Fraktion: Es ist also nicht nur beim Håbse interessant, es ist auch hier drin interessant. Ich warte noch einen Moment, bis alle ein wenig ruhiger geworden sind. Danke vielmals. Denn wir müssen aufpassen, sonst gibt es nachher auch noch Hörfehler, neben dem Tippfehler. Das Budget ist uns vorgelegt worden, es hat eine Note gehabt, wo man hinten nachlesen konnte, wofür das Geld gedacht sei, und da ist ganz klar umschrieben worden, dass das Geld verwendet werden soll für Eigenkapital der Abwasserbeseitigung. Okay, Fehler können passieren. Fehler, wenn sie entdeckt werden, sollten korrigiert werden. Ich darf doch davon ausgehen, wenn mir ein Budget vorgelegt wird mit Informationen, das durch Fachleute erstellt wurde, von Leuten, die auch dem entsprechend entlöhnt werden, dann darf ich erwarten, dass ich dem glauben darf, und nicht alles hinterfragen muss, ob es wirklich stimmt. Und wenn ich denke, dass ich Rücksprache gehalten habe mit Frau FIREKO-Präsidentin Meschberger, und sie das auch interessant gefunden und gesagt hat, das dürfte man nicht; und jetzt plötzlich bin ich der Böse, weil ich nicht an der richtigen Stelle nachfragen ging, dann stimmt das Ganze etwa so viel wie jetzt unsere Abstimmungsresultate, die wir hier erwirken. Egal wie – jede Spezialfinanzierung muss ausgeglichen sein gemäss den Vorschriften. Und wenn man jetzt ein Eigenkapital in dieser Höhe anhäufen möchte, dann sollte das eigentlich verbunden sein mit einer Begründung, wofür man dieses Eigenkapital anhäufen möchte. Wir wissen ganz genau, dass es im Ermessen des Gemeinderates liegt, die Gebühren anzupassen gegen oben und gegen unten, damit die Rechnung ausgeglichen ist; und wenn man ein Eigenkapital anhäuft von fast 100'000 Franken, dann sehe ich das nicht als ausgeglichen an. Weiter ist dies zu sagen: Vor einem Jahr bei der Budgetdebatte hat sich Frau FIREKO-Präsidentin Meschberger erstaunt gezeigt, dass, obwohl die Abfallkasse so gut dasteht, niemand ein Budgetpostulat einreichte zur Senkung der Abfallgebühren. Ich habe mir das zu Herzen genommen. Wir haben das jetzt gemacht. Ich habe jetzt einfach den Betrag eingetragen von diesen 87'000-und-etwas. Selbstverständlich kann der Gemeinderat sagen, wir machen nicht ganz so viel. Aber Hauptsache, er geht herunter mit diesen Abfallgebühren. Und wenn ich dieses Budgetpostulat einreichte, weil ich die Unterlagen so gelesen habe, dann übertrage ich das auch so; ich kann nicht einfach denken, es wird schon anders gemeint sein. Und deshalb haben wir dieses Budgetpostulat eingereicht. Und es ist nicht mehr als in Ordnung, wenn wir jetzt mit dem Wasser nach oben gegangen sind, damit es dort ausgeglichen ist, dass wir hier nach unten gehen, damit es auch ausgeglichen ist. Deshalb stimmen Sie bitte diesem Budgetpostulat zu, und dieses Budgetpostulat kommt allen Einwohnern in Allschwil zugute, die Abfall produzieren, und das tut jeder. Es ist also nicht irgendwie für Reich oder für Arm, sondern das ist für die, die produzieren, und in dem Fall ist es auch abhängig vom anfallenden Abfall, und somit ist es Benutzer-orientiert.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Es ist wirklich ein Missgeschick in dieser Rechnung. Im Budget '08 steht das falsch, es geht also wirklich um den Abfall und nicht um die Abwasserbeseitigung. Ich kann Ihnen bestätigen, dass dieses Geld ganz sicher nicht anderweitig verwendet wird, sondern das würde in dem Fall ganz klar zu einer Reduktion der Sackgebühr führen. Jetzt gibt es aber eben noch mehr Informationen, die Sie haben müssen, damit Sie das beurteilen können. Das ist eben, dass wir dieses Jahr, am 1. Januar 2007, zusätzlich das Gewerbe abführen. Das heisst, wir nehmen auch den Hauskehricht vom Gewerbe in die Abfallrechnung auf. Und das führt natürlich logischerweise dazu, dass der Aufwand und auch der Ertrag zunehmen. Und dadurch wollen wir jetzt nicht als Kurzschluss gerade für das Budget '08 die Sackgebühr senken, so dass es also von Fr. 2.60 auf Fr. 2.50 gehen würde – nein, wir warten jetzt die Erfahrungen ab, die wir mit der nächsten Rechnung 2007 haben werden, und dann würden wir, wie geplant, im 2009 die Sackgebühr senken können. Aber jetzt fürs Budget '08 empfehle ich Ihnen natürlich, das Budgetpostulat abzulehnen und die Zahl so zu belassen. Das heisst, wir würden das Eigenkapital der Abfallkasse aufstocken.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Danke vielmals, Gemeinderat Vogt, für diese Ausführungen. Ich möchte einfach jetzt Folgendes anfügen: Wenn Sie mir jetzt sagen, dass dieses Geld eine Rückstellung ist und nicht eine Eigenkapitalanhufung, dann ist das in dem Fall schon der zweite Fehler innerhalb dieses Postens. Und zwei Fehler sollte man nie machen, einer reicht, sagt man. Weiter finde ich das nicht in Ordnung, dass man jetzt sagt: Wir schauen mal. Und eben das Gewerbe, jetzt kommt das Gewerbe dazu. Das Gewerbe soll auch seine Sache zahlen, dann ist es nämlich in Ordnung; das ist nämlich richtig, was Bruno Steiger anfänglich sagte in dieser Sitzung: Man schaut immer, dass es dem Gewerbe gut geht, und das ist auch richtig so, aber es geht nicht an, dass man im Gegenzug als Privatperson dann einfach bluten soll. Und ich finde, man sollte jetzt den Preis dieser Abfallmarke anpassen, und wenn es jetzt halt in die Hose geht, dann muss man ja wieder anheben, und dann haben wir die ausgeglichene Sache. Um warum man da jetzt einfach eine Rückstellung machen muss, damit man eventuell dann..., das verstehe ich nicht. Weil dann haben wir einfach den Sinn und Zweck dieser Spezialfinanzierung falsch.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Lassen Sie mich aber bitte noch präzisieren. Es ist natürlich kein Fehler, Eigenkapital zu bilden, denken Sie nur daran, wenn Sie eine neue

Abfallsammelstelle bauen müssen, dann braucht das Investitionen. Und für diese Investitionen sollte man in der Regel, das wissen Sie aus dem privaten Leben, eigenes Kapital haben, das heisst, wir sollten nicht neue Schulden machen, um so eine Sammelstelle zu bauen. Das heisst Eigenkapitalist der Sinn jeder Rechnung. Aber, und das ist hier wesentlich, wir müssen jetzt nicht über diese Gewerbeabfuhr reden, das werden wir ausführlich tun können bei der Rechnung 2007. Aber ich bitte Sie unbedingt, jetzt nicht gerade die Sackgebühr zu senken, denn sonst würden wir der Senkung zuvorkommen, die wir für das Jahr 2009 schon geplant haben. Und das wäre ja absolut unnötig.

Robert Richner, FDP-Fraktion: Ich habe eine ergänzende Frage an Gemeinderat Vogt. Wie ich gehört habe, würde es, wenn man dieses Budgetpostulat jetzt annehmen würde, etwa 2 bis 3 Rappen ausmachen. Ist das richtig, diese Aussage?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Gut, es gibt verschiedene Berechnungsarten. Aber wenn Sie jetzt einfach die 6% senken würden mit diesen 87'000 Franken, dann würde das etwa 15 Rappen entsprechen pro Sack, also von Fr. 2.60 auf Fr. 2.45.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Gemeinderat Vogt hat ausgeführt, dass man unbedingt die Rechnung 2007 abwarten sollte, weil dort erstmals auch das Gewerbe eingerechnet ist, und erst dann kennt man das neue Verhältnis zwischen Einnahmen- und Ausgaben. Man kann doch nicht budgetieren, wenn man nicht die Rechnung kennt. Da es jetzt gerade dieses Jahr einen Wechsel gegeben hat, ist es nichts als richtig, zuerst diese Rechnung abzuwarten, und aufgrund dieser Zahlen zu entscheiden, wie viel machen wir pro Jahr vorwärts, und um den Betrag dann entsprechend die Gebühren zu senken, sofern das nötige Eigenkapital vorhanden ist, wie es vorhin Herr Gemeinderat Vogt erwähnte. Jetzt blind einfach eine Senkung zu machen, um in einem halben Jahr festzustellen, dass wir allenfalls ein bisschen zu viel heruntergegangen sind und wieder hinauf müssen – das wird kein Einwohner verstehen, wenn die Gebühren - schwupps – hinauf - schwupps – herunter - schwupps - hinauf gehen. Ich glaube, es ist nichts als seriös, einfach ein Jahr zuzuwarten, und nachher aufgrund von Fakten zu budgetieren und nicht aufgrund von Annahmen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich mag – ich bin Postulant, dann darf ich, dankschön vielmals, zur Information – ich möchte einfach etwas anfügen, Thomas Pfaff. Du bist im Wahlkampf, das verstehe ich. Aber „schwupp hinauf – schwupp herunter“: Wie war es beim Abwasser? Beim Wasserpreis, als wir ihn anschauten, sagten wir auch, jetzt gehen wir mal hinauf, wenn wir dann genug haben, können wir ja wieder herunter. Dann können wir das jetzt auch beim Sack machen. Gehen wir halt einmal herunter – gehen wir hinauf. Wenn man das richtig kommuniziert, dass man jetzt heruntergehen kann, und halt gegebenenfalls, wenn die Rechnung schlecht wäre, wieder anheben müsste, dann wären wir nämlich dort, wo die Gemeinde Binningen ist mit dem Steuersatz, die sind jetzt auch in den letzten Jahren herunter, und haben immer gesagt, es wird der Punkt kommen, wo wir wieder hinaufgehen müssen. Aber nutzen wir den Moment, wo wir unten sein können, und gehen dann halt wieder hoch, wenn es nötig ist. Die Spezialfinanzierung sieht ja das vor, dass man die Rechnung ausgeglichen macht. Man könnte ja jetzt auch sagen, es gibt so viel Überschuss. Da hätte man auch ganz klar sagen müssen, der Überschuss ist anzunehmen, sofern die Rechnung von '07 gut ist, weil... Aber das steht da nicht, und deshalb bleibe bei dem Budgetpostulat, und ich bitte euch wirklich, es anzunehmen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich bitte die Ratsmitglieder zu bedenken, dass das Drucken der jeweiligen Abfallmarken auch Geld kostet. Und wenn wir heute 5 Rappen nach oben gehen, kostet das Tausende von Franken für neue Marken, und wenn wir nächstes Jahr wieder 5 Rappen nach unten gehen, dann kostet das wieder Tausende von Franken, und dann ist das sicher nicht im Sinne eines ausgeglichenen Finanzhaushalts.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich möchte jetzt die Rechnung nicht in Frage stellen, aber ich will jetzt einmal erinnern an illegalen Abfall, der entsorgt wird. Ich weiss, bei mir oben an der Kantonsstrasse, das macht der Kanton. Und wenn der das einmal nicht mehr macht, was ist dann? Dann liegt es an der Gemeinde. Und dann kommt auch wieder Geld auf uns zu, Ausgaben. Und wie Herr Vogt schon sagte, wir müssen investieren, wir müssen die Glas-Depot-Sammel-Flaschencontainer erneuern, Mulden etc., und, und, und. Und man weiss ja nicht, die Energiekosten steigen auch. Mit Abfall kann man schon Energie produzieren, aber er muss abgeholt werden. Und man weiss ja nicht, also günstiger wird es nicht. Der Strom geht aufwärts und der Most geht aufwärts – ich würde sagen: Nein, wir lassen es, wie es ist, und wie Herr Cueni schon sagte, wir machen damit nur die Leute verrückt, 5 Rappen hinauf, 5 Rappen herunter.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Auf der Abfallsackmarke ist kein Preis drauf, also das ist nicht das Problem.

://:

Mit 29 : 8 Stimmen wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.3, abgelehnt.

309 07.010 Budget

Traktandum 1.1.5

**Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 740-311.00, Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, Reduktion des Kredites auf neu CHF 25'000.00
Geschäft 3743B.4**

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Eine schlechte Nachricht für Josua Studer: Dies ist nämlich ein Sparpostulat, mit dem ich etwas weniger ausgeben möchte, aber ich ziehe es leider zurück. Ich muss dazu erklären: Ich habe mich, anders als Josua Studer, mit der Verwaltung kurzgeschlossen, habe dort gute Gespräche geführt mit Leuten von der Verwaltung, und es ist ein Missverständnis passiert, darum habe ich das stehen gelassen. Es sind nämlich unter der Position, bei der ich um 7'000 Franken herunter wollte mit dem Preis, dummerweise noch Grabkreuze und ein bisschen was an Werkzeug, und selbstverständlich will ich keinem Einwohner christlichem Glaubens das Grabkreuz verwehren, und ich will auch den Gärtnern nicht irgendwelche Schaufeln oder Rechen wegnehmen. Zum Ausdruck „vertikutieren“: Das ist wirklich ein Fachausdruck. Es geht dort darum, dass der Mäher, den die Abteilung Tiefbau anschaffen wollte, auf einem Sportplatz Sinn gemacht hätte; aber beim Friedhof macht es keinen Sinn, weil das einen bedeutenden Mehraufwand bei der Anzahl Mähungen pro Jahr gäbe. Darum hat man sich auch in der Abteilung Tiefbau – ich muss sagen lobenswert – dafür entschlossen, herkömmlich zu mähen und mit dem Geld einen bestehenden Traktor so auszurüsten, dass man nach wie vor den Friedhof in einem sauberen Zustand halten kann. Ich ziehe das Budgetpostulat zurück.

://:

Das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.4, ist durch Rückzug erledigt.

310 07.010 Budget

Traktandum 1.1.6

**Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Franziska Pausa, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 780-315, Betrieblicher Unterhalt Toilettenanlagen, Kreditaufnahme für Betrieb / Unterhalt
Geschäft 3743B.5**

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Mein Budgetpostulat ist ohne Betrag, wie ihr gesehen habt, weil da ja fast jeder Betrag möglich wäre zum Hineinschreiben; es ist auch schon viel berechnet worden, es gibt viele Möglichkeiten. Ich habe gar kein Geld geschrieben, weil ich denke, so hätte der Gemeinderat die Möglichkeit, eigene kostengünstige Lösungen zu suchen. Dass in so einer grossen Gemeinde keine öffentlichen Toiletten zur Verfügung stehen, ist einfach nur bedingt nachvollziehbar. Ich wurde schon mehrfach darauf angesprochen, von Familien und von einzelnen Personen, ob es irgendwo ein [WC] habe, oder warum es keines habe. Dazu bin ich auch angesprochen worden, dass zum Beispiel das Calvin-Haus als Pissoir und sonstiges erhalten muss. Es ist sehr unangenehm auch für mich, wenn man immer wieder sieht, wo überall hingemacht wird. Auch für die Gemeindegärtner – eben die, die die schönen Rabatten machen und die schönen Pärkli – ist es einfach absolut ekelhaft und grausig, immer wieder solche Sachen aufräumen zu müssen. Natürlich spricht das Argument „Vandalenakte“ gegen öffentliche Toiletten. Aber nicht jede und jeder, der mal „muss“, ist ein Vandal. Natürlich kostet das auch Geld. Aber ich denke, es ist auch eine Dienstleistung der Gemeinde Allschwil und gehört einfach dazu. Ich könnte mir vorstellen, dass zum Beispiel die Toilette bei der Feuerwehr am Tag offen wäre und dass sie am Abend geschlossen ist. Und vielleicht gäbe es ja noch ein paar andere Orte, wo man nicht extra bauen muss, oder wo es vielleicht eine einfache Lösung gäbe. Also ich hoffe doch, dass zu dem Slogan „Allschwil bleibt suber“ auch Toiletten gehören.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP hat sich auch mit diesem Thema auseinandergesetzt, und wir sind dann soweit gekommen, dass wir sagten, der Einwohnerrat hat ja das Thema schon eingehend behandelt und hat sich dann aufgrund von Fakten entschieden, dass die Toiletten geschlossen werden. Grund dafür waren, wie Franziska Pausa auch schon sagte, Vandalenakte und massive Verunreinigungen. Es war also dann wirklich nicht mehr angenehm, auf diese Toiletten zu gehen, wenn sie wirklich so verschmutzt waren. Und leider ist diese Zeiterscheinung immer noch gleich zum jetzigen Zeitpunkt. Wollte man wirklich eine gute Lösung anbieten, dann wären das diese Kabinen, die sich selber reinigen und wieder schliessen. Das ist eine massiv teure Sache, die wir uns hier leider nicht leisten können. Es tut mir leid, die CVP wird das Postulat ablehnen.

Josua Studer, CVP-Fraktion: Es ist schon das zweite Mal heute Abend, dass der Mathilde Oppliger etwas leid tut... [nimmt einen Zwischenruf aus der CVP auf] ah, ihr seid menschlich, ich nicht, das ist gut... das ist nicht so tragisch, mit dem kann ich gut leben, das höre ich alle Tage wieder bei der Arbeit. Nun, jedenfalls möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich im 2004 in der Budgetdebatte ein Budgetpostulat eingereicht hatte zur Schliessung einer Toilettenanlage auf dem Spitzwald, und damals hatte ich Rücksprache mit der betreffenden Abteilung, und diese Abteilung sagte mir, das würde eine Kosteneinsparung von 28'000 Franken geben. Das wäre nur diese WC-Anlage. Und wenn man jetzt liest, wie viel es nur kosten würde im Dorf unten, dann bin ich schon etwas erstaunt, dass es jetzt plötzlich so viele Toilettenanlagen geben kann, und das nicht mal so teuer wird wie die eine dort oben. Aber es stimmt schon: Wir müssen nicht Toilettenanlagen öffnen oder erstellen, nur weil gewisse Leute eine komische Kinderstube haben und meinen, sie könnten überall hinpinkeln. Nur zur Information. Der nächste Antrag wird sein, dass wir das in den Trämli auch haben, denn es passiert auch, dass sie in den Trams hinpieseln und anegäggle, wie man so schön bei den kleinen Kindern sagt. Und leider Gottes kann man nicht überall Toiletten machen. Und es hat genug Restaurationen, die man aufsuchen kann, und dann könnte man noch schnell eine warme Schoggi trinken, dann ist man auch wieder aufgewärmt. Wir sind gegen dieses Postulat.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich möchte grundsätzlich sagen, und, eben, Josua hat es auch gesagt, es gibt Leute, die hatten eine komische Kinderstube, das greift offenbar immer mehr um sich, diese Unarten, und von dem her möchte ich einfach sagen: Wenn es nicht geht mit Liebe, dann müssen wir eben Repression machen. Und für die Repression ist ja unsere tüchtige – der Chef ist, glaube ich, auch da, oder ist er schon gegangen? – Gemeindepolizei und auch die Flurpolizei ist da unterwegs, damit man solche Leute beim Gemeinderat vorführt, oder, das ist ja immer noch so, und dann Polizeigericht hält, oder, und dann das dementsprechend auch kostet. Oder, wer nicht hören will, muss fühlen, von dem her finde ich das schon richtig. Wir haben auch Möglichkeiten - man muss nicht immer lieb sein – solche Unarten zu bekämpfen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte noch schnell darauf zurückkommen, ob das Thema Euro 08 irgendwie trotz allem ein bisschen in der Planung ist, ob man sich da Gedanken macht, trotzdem noch diesbezüglich.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Also wenn ich doch noch etwas sagen möchte – oder sagen muss: Was Frau Pausa eingereicht hat, und was sie jetzt auch noch fragt, ist natürlich einfach kein Budgetpostulat, sondern das ist ein Postulat. Und die ganze Frage, was machen wir während der Euro-Zeit, was machen wir in dem Bereich in der Euro-Zeit, das müsste eigentlich via Postulat erfolgen. Ich kann jetzt nicht sagen, was da genau geplant ist. Dazu müssen wir genauer wissen, was in Allschwil läuft, was macht allenfalls der FC, wie kann man allenfalls unsere WC-Wagen einsetzen – das sind aber alles Entscheide, die jetzt noch nicht gefällt sind, weil uns die nötigen Angaben noch fehlen.

://:

Mit 22 : 11 Stimmen, bei 3 Enthaltungen wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.5, abgelehnt.

PAUSE

311 07.010 Budget

**Traktandum 1.1.7
Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend
Laufende Rechnung, Pos. 780-318, Dienstleistungen und Honorare
(Naturschutz), Kreditaufnahme CHF 15'000.00, Honorar für Begleit- und
Begutachtungsmandat
Geschäft 3743B.6**

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Es macht mich ein wenig stolz, dass dies das einzige Postulat ist, das tatsächlich angenommen werden will. Es gibt dann auch gar nicht sehr viel zu sagen. Es ist einfach das Bedenken, wir wissen es ja, die Tiers-Expertise Chemie: frühestens nächstes Jahr. Man muss es anschauen, damit wir nicht über den Tisch gezogen werden. Es braucht einfach dazu ein Begleitmandat. Wir wissen, es hat zwar noch ein bisschen Geld übrig, nur können wir das nicht einfach so hinüberschaufeln in diesem Jahr, das geht einfach nicht. Darum müssen wir ein neues machen, und ich würde euch ans Herz legen, das Geld wirklich zu sprechen, denn jetzt geht es langsam um die Wurst mit der Chemie. Die Sachen kommen auf den Tisch, und ich bin überzeugt, da wird noch einiges auskommen, das wir alle gar nicht richtig beurteilen können, wir als Laien, und da braucht es jemanden dazu, der das wirklich fachmännisch berät.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Da die Ergebnisse der Tiers-Expertise für Laien praktisch unleserlich sind, müssen dazu Fachleute beigezogen werden. Es ist für Allschwil nach wie vor ein wichtiges Thema zu wissen, wie es um diese Chemiemülldeponien steht, und was die möglichen Szenarien für die Behebung dieser Missstände sein könnten. Darum stimmt die CVP diesem Budgetpostulat zu.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Ich bin entgegen der Vorrednerin der Meinung, dass man dieses Postulat ablehnen muss. Die Chemie hat ja bereits einen Fonds gegründet und geöffnet. Infolge dessen ist das nötige Geld vorhanden, da braucht man von Seiten der Gemeinde nicht noch ein Extra-Kässeli zu machen, und vielleicht am Schluss noch die Übersicht verlieren.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich möchte der Vorrednerin Frau Oppliger zustimmen. Ich mache es kurz: Es ist wichtig, dass wir wissen, um was es geht, und ich bitte euch, dem Postulat zuzustimmen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte im Namen der SVP-Fraktion reden, der Peter Hauser angehört. Ich muss dagegen reden, sonst habt ihr plötzlich die Meinung, wir seien für dieses Postulat. Wir lehnen das also ab, entgegen unserem Mitglied Peter Hauser.

Max Amsler, SD-Fraktion: Es ist lustig, dass da so eine Welle, die wir jetzt in der Schweiz haben, und das Ausland macht mit, nur ein Teil, dass wir auf dieser Welle weiterreiten wollen, die viel Geld kostet, und nur immer uns betrifft, und die Schweiz hat sicher eine Vorreiterrolle. Wie ihr vielleicht gelesen habt aus der Presse, das Bundesamt für Forschung, früher hat man noch vom Waldsterben geredet, alle haben profitiert, Politiker, alle, sind immer mit diesem Titel gekommen. Heute haben wir die Zusage der Forstverwaltung, vom Bundeshaus, dass die Wälder bis zu 18 Prozent wieder zugenommen haben und in einem einwandfreien Zustand sind zum Teil. Und ich glaube, jetzt müssen wir doch langsam aufhören, einfach mit dem und mit dem Kritik machen zu wollen, auch wenn es vor den Wahlen ist oder so. Ich glaube, nach den Wahlen hört man überhaupt nichts mehr davon; die Leute, die dafür gewesen sind, die sind nachher so ruhig und warten dann einfach auf den nächsten Moment, wo sie auf der Welle mitreiten können. Damit habe ich geschlossen.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Zum zweiten Mal: Wir müssen uns einfach einmal hier in Allschwil bewusst werden: Wir haben ein Dorf. Wir haben nur eine Natur da im Dorf. Und wir müssen Sorge dazu geben. Und ich sage – ich habe es schon einmal gesagt – nach der eigenen Scholle hört das Baselbiet auf, dann stehen wir alleine da und müssen uns wehren. Wir müssen wissen, um was es geht. Wir müssen uns wehren und müssen sagen: Wir hätten das gern so und so. Früher sind vor Jahren Fehler passiert, über die man heute mehr weiss mit der ganzen Technik. Und wir müssen wieder schauen, dass wieder ein so genanntes, wie es vorhin gesagt wurde, „lebenswertes Allschwil“ zustande gebracht wird. Und das hat mit der Welt nichts zu tun und hat mit allem nichts zu tun, so lange es uns gut geht. So lange es der Natur gut geht, geht es uns gut. Dann können wir auch politisieren und streiten – weil es uns gut geht. Aber zu dem müssen wir schauen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir sind bereits heute Abend gestolpert über ein Wort: „vertukulieren“... „vertikutieren“, pardon, seht ihr, auch ich stolpere zwischendurch. Und wir wissen ja, es geht in dem Anliegen von Jürg Gass gar nicht darum, über Wald und über Geschichte, sondern es geht darum, sich zu informieren über Texte, die dem Gemeinderat, die uns präsentiert werden, und sie auszudeutschen. Und da glaube ich, sind wir alle froh, wenn Personen da sind, die sich Zeit nehmen können, um dem Gemeinderat und uns unter die Arme zu greifen und, eben, deutsch zu reden. Heute Abend ist es gesagt worden: Redet deutsch miteinander!

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur noch kurz auch Herrn Champion etwas sagen: Richtig, die Chemie hat so einen Fonds gegründet. Das wollen die aber nur machen... wenn nachher die Tiers-Expertise sagt „njet!“, es ist alles toll da hinten, das müssen wir zuerst beurteilen können, dann machen die nämlich nichts da hinten. Die machen nur dann etwas, wenn man ihnen sagt: Jetzt kommt tatsächlich, ihr müsst etwas tun! Dafür tun sie das Geld auf die Seite, aber nicht mehr. Das kann man praktisch schriftlich haben. Es geht nur darum: Wenn es da hinten heisst, ihr müsst etwas machen, dann haben sie das Geld auf der Seite. Sonst machen die keinen Finger krumm.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ganz kurz. Auf dem Zettel, den die FIREKO herausgegeben hat, schreibt sie ganz klar, dass sie das 2 : 4 abgelehnt hat: „Das Mandat ist abzulehnen, weil der Postulatsbetrag im Rahmen der Finanzkompetenz des Gemeinderates liegt, sollte ein weiterer Bericht nötig werden.“ Mein Damen und Herren, wofür müssen wir das machen? Das ist eine Profilierung, immer diese Themen zu bringen. Uns habt ihr immer wüst gesagt weil wir mit Blaj kommen und mit Kulturgeld, und, und. Und ihr kommt einfach immer mit Wegmatten, ihr kommt mit der Chemiemülldeponie. Also es ist in der Möglichkeit des Gemeinderates, etwas zu unternehmen, wenn es nötig ist, und es sieht nicht so aus, als ob es nötig wäre, so sieht es nicht aus.

Verena Meschberger, Präsidentin FIREKO: Ich möchte schnell etwas zu Josua Studer sagen, und zwar gilt das allgemein für die vergangenen Jahre und auch für meine Nachfolge für die zukünftigen Jahre. Budgetpostulate sind ein ganz schwieriges Geschäft für die FIREKO. Weil nämlich der Gemeinderat und die FIREKO müssen parallel zueinander Stellung nehmen zu den Postulaten. Das heisst der Text, den die FIREKO als Empfehlung hingeschrieben hat, ist eben in der FIREKO diskutiert worden, zur gleichen Zeit, als der Gemeinderat darüber diskutierte und sagte, wir nehmen es an. Im Prinzip finde ich es auch töller, wenn der Gemeinderat sagt, das wird angenommen, dann ist es nämlich sauber deklariert. Es ist schon so, es ist in der Kompetenz des Gemeinderates. Und doch ist es schöner, wenn es wirklich im Budget ist, weil, was der Gemeinderat in eigener Kompetenz beschliessen darf, und beschliesst, und beschliessen muss, das können wir nicht beurteilen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Ursprünglich hatte man erwartet, dass der Bericht in diesem Jahr vorliegen wird. Aus diesem Grund haben wir heute vor 12 Monaten den Betrag ins Budget gesetzt, damit der Gemeinderat die Möglichkeit hat, einem entsprechenden Experten den Auftrag zu geben, den Bericht auszudeutschen. Jetzt ist der Bericht dieses Jahr nicht hereingekommen, wir erwarten ihn für nächstes Jahr; und das einzige, was wir jetzt tun, ist, den gesprochenen Beitrag, den wir ins letztjährige Budget gesetzt hatten, ins nächste Budget hinüberzuzügeln. Damit der Auftrag, den wir letztes Jahr erteilten, im Folgejahr ausgeführt werden kann. Es sind keine neuen Ausgaben. Es ist nichts anderes als eine Ausgabe, die diesjahr nicht erbracht wurde, weil es noch nicht fällig war, hinüberzuzügeln ins kommende Budget.

://:

Mit 28 : 8 Stimmen wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.6, überwiesen.

312 07.010 Budget

Traktandum 1.1.8

**Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter / Franziska Pausa betreffend Laufende Rechnung, Pos. 790.318.00, Dienstleistungen und Honorare, Kreditaufnahme CHF 15'000.00, Planungshonorar altersgerechte Wohnformen
Geschäft 3743B.7**

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Wohnen im Alter ist für uns schon lange ein Thema. Als das erweiterte Altersheim noch nicht einmal fertig gebaut war, wurde uns mitgeteilt, dass die Bettenkapazität

schon im Jahr 2011 oder 2012 ausgelastet sein wird. Wir haben dann im Januar '07 eine Motion eingereicht, in der wir dringend darum baten, ein Konzept zur Frage des Wohnens im Alter zu erarbeiten. Sie, Herr Gemeinderat Julier, erklärten damals, es gäbe jetzt gerade eine Sitzung am 9. Mai. Leider haben wir bis heute noch nicht viel gehört davon. Sie haben auch versprochen, dass auf Ende Jahr ein Konzept oder mindestens ein Teilkonzept vorgestellt werde. Wieso zu diesem Thema so wenig unternommen wird, ist mir schleierhaft. Schliesslich haben wir jetzt schon Ende 2007, es wird also 2008, und '11 ist nicht mehr weit.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wie gesagt, das Thema altersgerechte Wohnformen ist in Allschwil wichtig und muss jetzt ernsthaft angegangen werden. Ich trage nochmals ein paar Gründe zusammen. Das Volk hat am Podium „Wohnen im Alter“ ein sehr grosses Interesse bekundet, dort hat unser Gemeinderat Arnold Julier versprochen, das Thema sehr ernst zu nehmen. In der lokalen Presse sind dann mehrere Leserbriefe erschienen mit den Forderungen, einerseits die Bevölkerung einzubeziehen, und andererseits eine Fachkommission einzusetzen. Dazu zähle ich auch den Präsidenten des Stiftungsrates des Altersheimes, der sich in 5 Briefen eindrücklich geäussert hat. Die Explizite Nennung des Themas Alter im Leistungsbericht hat der Gemeinde[rat] ja nicht vorsehen wollen; und in einem politischen Vorstoss dann auch von bürgerlicher Seite – von Mathilde Oppliger – ist eine Bedarfsabklärung gefordert. (Ich möchte jetzt gerne schnell die Folie auflegen, bitte.) Ich habe da eine Folie aus dem Kanton Baselland, die gilt also nicht für Allschwil alleine, wichtig ist eigentlich unter der Grafik, dass man sieht: Die Entwicklung der älteren Bevölkerung von 2000 bis 2020 steigt in 20 Jahren um 42 Prozent. Meine Damen und Herren, 42 Prozent ist nicht nichts, und wenn man das anschaut auch wie Allschwil sich entwickelt, dann nehme ich an, das wird entsprechend sein. Also Handlungsbedarf ist angegeben. Quelle: Statistisches Amt des Kantons. Dann würde ich noch gerne etwas zitieren aus dem Allschwiler Wochenblatt vom 13. Oktober 2006. Da sagte Herr Julier bei Regula Vogt in einem Kurzinterview: „Noch in diesem Jahr wird der Gemeinderat ein gemeinderätliches Projekt aufgleisen.“ Gefragt wurde dann: „Was bedeutet dieses Projekt?“ – „Es geht dabei nicht nur um weitere Betten in einem Alterszentrum, sondern auch um andere Formen der Altersbetreuung, andere Formen der Altersbetreuung wie Pflegewohnungen, betreutes und begleitetes Wohnen.“ Das war am 13. Oktober 2006 im Allschwiler Wochenblatt. Wie auch bereits in dieser Runde schon einmal gesagt, gab es in der näheren Umgebung gut realisierte, funktionierende Wohnbaugenossenschaften, wobei die Gemeinde eng mit einer Wohnbaugenossenschaft zusammenarbeitet. Einen weiteren Vorteil haben wir hier in Allschwil; ich möchte nicht explizit Werbung machen, aber es ist eine Tatsache, dass der mittlerweile pensionierte Geschäftsführer einer Verwaltungsgenossenschaft, der in Muttenz, Bottmingen und Lausen Projekte „Wohnen im Alter“ realisiert hat, bei uns in Allschwil wohnt und auch bereit wäre, sein Wissen aktiv einzubringen. Ich habe Herrn Julier auch da nach der letzten Einwohnerratssitzung nachträglich kurz informiert. Ich stelle fest, dass der Gemeinderat nach seiner Aussage 10'000 Franken ins Budget hineingenommen hat fürs Alter, und es freut uns von der Fraktion erst recht, dass hier die 10'000 Franken drin sind. Wir fordern aber den Gemeinderat auf, endlich nach aussen aktiv zu werden. Und dass seine Arbeit hoffentlich Früchte tragen möge. Ich schlussfolgere: Das Thema „Wohnen im Alter“ wird sowohl im Volk, als auch in der Politik in mehreren Parteien von links bis rechts diskutiert, und Lösungen werden verlangt. Der Gemeinderat wird aufgefordert, seine Erkenntnisse und seine Pläne raschestmöglich darzulegen, alle seine Kompetenzen auszuschöpfen und mit entsprechenden Gremien aktiv zusammenzuarbeiten. Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang, dieses Budgetpostulat als Zeichen der Ernsthaftigkeit zu überweisen.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Soziale Dienste – Gesundheit: Es gab ein paar Fragen, oder ein paar Aussagen, aber ich möchte zuerst auf das Budgetpostulat eingehen, um das es sich heute jetzt eigentlich handelt. Wir haben, wie Andreas Bammatter schon sagte, 10'000 Franken budgetiert unter dem Konto 581.318. 82'500 Franken sind dort drauf und davon sind 10'000 Franken für die Projektgruppe, die das Alterskonzept ausarbeitet. Das Geld ist vorgesehen für die Bezahlung von externen Leuten, die man allenfalls bezieht oder beziehen muss, wenn der Bedarf vorhanden ist. Der Kommentar ist übrigens auch auf der Seite 85, dort steht es nämlich ganz genau. Jetzt weiss ich nicht, ist das übersehen worden, oder möchte man tatsächlich 15'000 Franken mehr auf dieses Budget drauf tun; und der Gemeinderat ist der Ansicht, dass man mit 10'000 im 2008 so durchkommen würde. „Ende Jahr soll ein Konzept vorliegen“ – vielleicht war ich da euphorisch und habe nicht so an die Personalressourcen gedacht, als ich das sagte. Wir haben die Leistungsvereinbarung des Alterszentrums genommen, die ist meiner Meinung nach doppelt so lang oder dreimal so lang gegangen wie man gerechnet hatte. Es ist also nicht immer ganz so einfach, das alles auf ein Gleis draufzubringen. Gestartet hat man das Projekt im Februar 2007. Die Bevölkerung einzubeziehen, wird ein wenig schwierig sein. Wenn man am Anfang schon die Bevölkerung einbezieht, dann werden wir kaum zu einem vernünftigen Konzept kommen. Das, glaube ich, habe ich auch schon mal gesagt. Projektgruppe – da sollte der Präsident des Stiftungsrates Alterszentrum dabei sein, das ist er. Er ist dort dabei, alle Leute, die in diesem Bereich arbeiten, sind in dieser Projektgruppe

enthalten, und ich mache dort mit. Genossenschaftliches Wohnen ist auch angesprochen. Das ist klar, das ist ein Teil. Also in dieser Projektgruppe, in diesem Projekt müssen alle Wohnformen, die es überhaupt im Moment gibt, diskutiert werden, und dann muss man entscheiden, was ist für Allschwil wichtig, was ist überhaupt für Allschwil möglich. Und da ist natürlich das genossenschaftliche Wohnen im Alter auch dabei. Ich möchte einfach noch ganz klar sagen, es heisst immer der Gemeinderat macht nichts, oder. Und wenn ich an Wegmatten denke, da hat man jetzt 42 Alterswohnungen, in die man einziehen könnte, das muss man natürlich auch wissen. Und jetzt einfach so am Montag nach der Abstimmung nochmals so einen Block aufzustellen, ist nicht so einfach. Die Gemeinde kann das ja nicht bauen. Die Gemeinde muss Investoren suchen, und da sind wir daran, und da gab es auch welche, die man gefunden hat, die bereit wären, Alterswohnungen auch zu bauen. Das ist die Situation, und jetzt im 2008, wenn die Alterszentrum-Leistungsvereinbarung über die Bühne ist, wird dann mit dem anderen Konzept gestartet, und dann werden auch die entsprechenden Leute eingeladen, und dann wird auch Herr Hübschle eingeladen, um sich das anzuschauen, allenfalls sollte auch die Projektgruppe schauen, wie das funktioniert.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Franziska Pausa, mir gefällt dein kämpferischer Ton. Schon fast ein bisschen SVP-like, das ist gut. Schön, dass ihr das kopiert. Das mit dem Wohnen im Alter ist natürlich dein Thema, drum bist du so sec. Bei uns ist das auch so, an unseren Themen sind wir auch dran, und drum sind wir dort auch sec, ob es jeweils passt oder nicht, aber es ist so. Arnold Julier hat es genau angesprochen: Wegmatten, oder andersherum gesagt Bachgrabenpark. Dort hätten wir es gehabt. Von wem ist es bekämpft worden? Von wem? [Zuruf aus der SP (?): „Von mir nicht“ (?)] Aber von Herrn Bammatter. Und Herr Bammatter zeichnet dieses Postulat mit. Es ist einfach interessant, und es ist jetzt einfach wirklich so, die Wegmatte ist jetzt nur noch ein Scheisshaufen, etwas anderes können wir dort im Moment nicht draus machen, ausser Bänklein aufstellen, die wieder der Herr Bammatter will. Wir liessen am Hegenheimerweg ein Gebäude errichten, wo es solche Wohnungen gibt. Im Moment ist geplant – oder schon ausgesteckt, respektive angezeichnet – dass am Baselmattweg so etwas kommen soll. Es heisst ja „Wohnen im Alter“, es heisst ja nicht gepflegt werden zu Hause, und die heutigen Alten werden immer jünger und sportlicher, sind fitter; wir haben bald bei jedem Haus behindertengerechtes Wohnen mit Lift und Rampen, dass man mit dem Rollstuhl hinein kann. Ich sehe nicht das Problem, dass wir heute jetzt so explizit in diese Richtung stossen müssen, um da einfach nochmals 15'000, und dort nochmals ein bisschen was drauf, weil, immer nur ein bisschen was dazu gibt einfach einen wahnsinnigen Haufen Geld. Und wir müssen einfach auch ein wenig objektiv sein. Man wird nicht von heute auf morgen alt. Die, die alt werden und daheim wohnen wollen, die müssen sich halt einfach überlegen, wo sie wohnen. Und wir wissen genau, viele bauen ein Häuschen irgendwo am Hügel oben, und wenn sie dann alt sind, soll die Gemeinde dafür sorgen, dass sie nicht ins Altersheim müssen, weil es jetzt eine Schlagzeile im „Blick“ war.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion: Lieber *Bammi*, trotz deinem jugendlichen Alter ist dies anscheinend eine Herzensangelegenheit von dir, du bringst das Thema immer wieder auf, wir haben das auch schon persönlich besprochen. Offenbar, wenn man den Statistiken glauben will, und ich sehe keinen Grund, warum ich das nicht tun sollte, entsteht da in nächster Zeit einmal eine grössere Nachfrage nach so genannt altersgerechtem Wohnen. Da muss ich dir aber entgegenen, als konsequent libertär denkender Mensch, muss ich sagen: Wenn irgendwo eine grosse Nachfrage entsteht, dann kommt auch das Angebot dazu. In dem Sinne plädiere ich dafür, dass wir da einfach den Markt spielen lassen, und dann wird da sicher ein hinreichend grosses Angebot kommen. Ich sehe nicht ein, warum sich die Gemeinde auch da noch engagieren und weiter Geld sprechen muss.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich hatte ja zum Thema Planen und Bauen von Alterswohnungen eine Interpellation eingereicht, wie dies Andreas Bammatter sagte. Es ist also auch in meinem Interesse, dass in dieser Richtung bald einmal etwas unternommen wird. Im Budget 2008 sind aber zu diesem Thema 10'000 Franken budgetiert. Und nun hat – ich sage jetzt zum dritten Mal: leider - unsere Fraktion entschieden, dass wir uns mit diesen 10'000 Franken zufrieden geben und wir darum dieses Budgetpostulat ablehnen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Zuerst einmal möchte ich sage, es ist bei den Ausführungen nicht die Position wie es Frau Oppliger sagte, ich kann das dort nicht sehen, tut mir leid, aber es steht 790.318 anstatt 581.318, und dort habe ich es nicht gefunden, drum habe ich das auch noch stehen gelassen. Ich habe mich ja auch bedankt beim Gemeinderat, dass er sich da Mühe macht und 10'000 Franken ins Budget nimmt. Ich bin aber nicht der Meinung, dass es allein für ein Alterskonzept sein soll; ich bin der Meinung, dass man jetzt aktiv daran gehen soll und die Alterswohnungen als Thema „altersgerechtes Wohnen“ nehmen soll. Dann zum Votum von Basil Kröppli würde ich sagen, es geht je nicht darum, dass man vom Haus direkt ins Altersheim gehen soll, es muss auch eine Zwischenstufe geben, weil, wenn wir warten, dann tun wir Leute, die nicht ganz pflegebedürftig sind, direkt ins

Altersheim, und die könnten sich eigentlich noch an einem anderen Ort wohl fühlen. „Altersgerecht“ heisst eben nicht nur privat und Altersheim, sondern es gibt noch Zwischenstufen. Da stelle ich fest, dass Gemeinderat Julier das auch gesehen hat und sich auch kümmern will. Dann spreche ich es jetzt doch an: Wegmatten. Es stimmt, ich war dagegen. Ich war nicht ursprünglich dagegen wegen den Alterswohnungen, das war ein anderer Grund, darüber müssen wir jetzt nicht mehr diskutieren. Ich möchte einfach festhalten, dass die Alterswohnungen so, wie sie dort konzipiert sind, nicht viel mehr als eine Idee waren. Es war nicht ein Umsetzen eines Projekts, und daran halte ich fest, denn ich habe Rücksprache genommen mit Leuten aus dem Altersheim, wonach man damals gesagt hat: Man könnte, wenn und dann und so... Wenn man mir jetzt unterstellt, dass ich Alterswohnungen hätte verhindern wollen, dann sage ich: Ich habe die Idee nicht als Projekt angesehen, und deswegen konnte ich das auch nicht unterstützen. Es war nicht stärker als das andere. Das einfach noch als Ergänzung.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion: Gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung zur Antwort des Gemeinderates, von Arnold Julier: Ihm sind ja eigentlich ein paar Fragen gestellt worden. Konkrete Antworten haben wir eigentlich nicht bekommen. Was für mich aber schockierend ist – nachdem wir an dem Podiumsgespräch, das wir veranstalteten, gesehen hatten, welch ein Interesse bei der Bevölkerung vorhanden ist – dass nun die Antwort des Gemeinderates lautet: Wenn man von Anfang an die Bevölkerung einbezieht, dann kommt man zu keinem Ziel. Das finde ich ein anmassendes Urteil gegenüber der mitdenkenden Bevölkerung.

Gemeindrat Arnold Julier, Vorsteher Soziale Dienste – Gesundheit: Also so habe ich das nicht gemeint. Du hast das vermutlich falsch verstanden. Du kannst ja nicht 50 Leute aus der Bevölkerung einladen und sagen, jetzt machen wir ein Konzept zusammen. Das muss ausgearbeitet werden, sonst... ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit 100 Leuten aus der Bevölkerung im Calvin-Saal vorne ein Konzept zusammenstellen kann. Das muss doch zuerst von Fachleuten, von denen, die das machen, erstellt werden. Höchstens dann vorstellen und irgendwie mit Ideen und Anregungen auf das Konzept, das eine Fachgruppe gemacht hat, dann reagieren. Ich sagte vorhin schon, wir haben ja Investoren, die kommen. Und wenn die Investoren kommen und bauen wollen, dann erwarte ich natürlich, dass man auch dafür ist, dass das gebaut wird, und nicht, wie jetzt am anderen Ort, dass man das ablehnt, weil etwas gebaut wird. Den Punkt müsste man dann vielleicht auch mal berücksichtigen. Etwas anderes möchte ich noch sagen: Die Leute, auch die älteren Leute, möchten doch am liebsten so lange wie möglich daheim bleiben. Wir haben eine hervorragend ausgebaute Spitex. Das ist ja auch betreutes Wohnen. Die werden ja betreut und gepflegt in ihrem eigenen Heim. Also ich, wenn ich nach meiner Hand gehe, ich möchte erst ins Altersheim, wenn sie mich zu Hause hinaustragen müssen. Und das wollen die anderen Leute auch. Und wir haben eine hervorragende Spitex, die grosse Leistungen dazu beiträgt, dass die Leute länger daheim in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Peter Humbel, bei der Veranstaltung im Calvin-Haus, die du erwähnt hast, waren auch SVP-Leute anwesend. Leider nicht ganz von Anfang an, weil wir noch gearbeitet hatten, sah man an unserem Pinguin-Kleidchen, als wir dann kamen. Aber in der Zeit, als ich dort war und zuhörte, da habe ich einfach herausgehört, es solle auf privater Basis laufen. Man kann nicht sagen, der Staat soll das machen. Und dort sind wir doch einfach mal: Wenn wirklich das Bedürfnis da ist, dann kommt das dann schon. Darum müssen wir nicht immer alles machen. Wir haben ein Altersheim, was wollen wir noch alles? Wir haben so viel. Wir haben ein Überangebot.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich komme nochmals auf das Votum von Gemeinderat Julier zurück. Auf der einen Seite heisst es, man kann nicht mit allen etwas machen, man muss ein Konzept ausarbeiten; genau das war ja auch mein Antrag, es ging um Personalressourcen, die nicht vorhanden sind. Wir mussten das nach Aussage von Herrn Julier jetzt ein Jahr lang ein bisschen zurückstellen, weil andere Sachen wichtiger waren. Ich stelle jetzt den Antrag: Nehmt diese 15'000 Franken in die Hände, nehmt die richtigen Leute zusammen, die sollen ein Konzept erstellen, dann kann man das anschauen, man kann das umsetzen und realisieren, und man kann die Bevölkerung einbeziehen, so, wie es auch Mathilde Oppliger in ihrem Anzug gemacht hat. Ich plädiere nochmals für Annahme und dafür, dem Gemeinderat auch den Freiraum zu geben, dass er innerhalb dieses Spielraumes sich aktiv um dieses Thema kümmert. Die Zeit läuft, und sie ist vor einem Jahr schon gelaufen. Die Daten sind da. Ich bitte, das ernst zu nehmen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir heute nicht das erste Mal die Zahlen mit diesen Prozentsätzen gesehen habe. Es wird eine Verschiebung geben, dass die Mehrheit der Allschwiler Bevölkerung 60 und aufwärts sein wird, und nicht in all zu kurzer Zeit. Und es geht nicht um die mobilen alten Leute, die 60 und 65 sind, sondern um die, die eben nicht mehr laufen können, die Pflege bräuchten. Und ich kenne so viele ältere Leute, die umziehen möchten aus einem Einfamilienhaus, und es wäre genial, wenn die, anstatt direkt ins Altersheim, noch in eine Wohnung

gehen könnten, wo es auch für den Staat viel billiger ist als im Altersheim. Und ich habe nicht gewusst, dass so viele Leute an den Weihnachtsmann glauben, dass der irgendwie einmal Wohnungen herabregnen lässt und Altersheimräume, wo es dann für alle alten Menschen genug Platz hat. Es ist doch an der Zeit, rechtzeitig etwas zu planen, mit relativ wenig Geld, das man in die Hand nimmt, und dann haben wir etwas Fundiertes und Gutes, das auch greift, wenn es dann sein muss.

://:

Mit 21 : 12 Stimmen, bei 3 Enthaltungen wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.7, abgelehnt.

313 07.010 Budget

**Traktandum 1.1.9
Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend
Investitionsrechnung, Pos. 942-503.03, Schönenbuchstrasse 39,
Heizungersatz, Erhöhung Kredit auf CHF 50'000.00, Fenstersanierung
Geschäft 3743B.8**

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Für mich macht es einfach keinen Sinn, wenn man in einer Liegenschaft eine Heizung saniert, die saniert werden muss – auch da war ich im Gespräch mit der Abteilung Hochbau mit den entsprechenden Fachleuten, die das Objekt betreuen – es ist überall so, dass, wenn man so eine Heizung saniert, man auch schauen muss, dass nicht oben alles wieder durchs Loch hinausgeht. Und aus diesem Grund habe ich dieses Budgetpostulat lanciert. Das ist eine Investition, wonach die Fenster an dieser Liegenschaft zum Teil ersetzt werden müssen. Und ich bin der Meinung, in einem Budget müsste eine solche Investition eigentlich aufgeführt sein. Mittlerweile hat der Gemeinderat verlauten lassen, dass die Liegenschaft allenfalls verkauft wird. Was, wenn sie nicht verkauft wird? Dann müsste man ja trotzdem dafür einstehen, dann müsste man ja trotzdem irgendetwas machen mit dem Haus. Auch wenn das erst nächstes Jahr verkauft wird oder in fünf Jahren verkauft wird - bis dann ist die Gemeinde Allschwil dafür verantwortlich, bis dann blasen wir Energie den Kamin hinauf und lassen sie durch schlecht verglaste Fenster wieder zum Fenster hinaus. Im Sinne der Ökologie, im Sinne der Ökonomie, dass man nämlich dort Geld spart, wenn man nicht verheizt, wo man mit einer neuen Heizung, die zugegebenermassen effizienter ist als das alte Ding, das sehr störungsanfällig ist, wie mir René Jenny auf der Gemeindeverwaltung erklärt hat, bitte ich euch, das Budgetpostulat zu überweisen, weil es nur Sinn macht, tatsächlich die Gebäudehülle so zu sanieren, dass die Heizung auch wirklich rentiert.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Hochbau – Raumplanung: Ich will mich kurz fassen, aber doch noch etwas ergänzen: Ich gebe Christoph Morat absolut Recht, das sieht man ja auch in der Antwort, dass es Sinn macht, wenn man beides miteinander saniert. Die Frage ist jetzt einfach, ob man für eine Liegenschaft, die man eigentlich nicht behalten möchte, so einen grossen Aufwand treiben sollte. Sie können sagen, wenn man es dann verkauft, dann ist es auch ein bisschen mehr wert. Das stimmt nur dann, wenn der Betreffende, der es kauft, das [Gebäude] auch in dieser Art und Weise weiterverwenden möchte. Wenn er Umbauten macht, ist das fragwürdig. Wir haben das mit der Heizung hineingetan, damit wir sie, wenn sie aussteigt, sanieren könnten, das ist klar, nicht im Winter, sondern wir hoffen, dass das erst im zweiten Halbjahr notwendig wird, wenn überhaupt. Also, wir haben einfach, um zu sparen, weil wir der Meinung sind, man sollte das Gebäude verkaufen – es macht auch keinen Sinn, dass die Gemeinde es behält, es sind keine Notwohnungen, als die kann man es nicht brauchen, es sind einfach zwei Wohnungen dort drin – haben wir nur das absolute Minimum eingestellt. Auf die Frage, was tut ihr, wenn ihr es nicht verkaufen könnt: Ich würde meinen, wenn das so wäre und man zum Schluss kommt, dass man das Gebäude wirklich behält, dass man sich dann nochmals überlegen muss, was man wirklich macht. Und dann könnte allenfalls im Budget '09 eine Totalsanierung hineinkommen – also Totalsanierung: Heizung plus Fenster.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ganz kurz. Ich wollte etwa in die gleiche Richtung reden wie Herr Gemeinderat Meury, deshalb ziehe ich meine Wortmeldung zurück.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Also grundsätzlich sind wir uns ja einig darüber. Die Frage ist einfach, was den höheren Preis erzielt- ob eine Liegenschaft, die in einem einigermaßen guten Zustand ist, einen höheren Preis erzielt, oder ob eine Liegenschaft, wo auch noch Fenster gemacht werden müssen, neben einer Heizung, den höheren Preis erzielt. Ich weiss nicht, wann diese Heizung kaputt ist;

ich weiss nicht, wann man sie tatsächlich ersetzen muss. Ich nehme an, das wird – hoffentlich auch – erst ausserhalb der Heizperiode liegen. Ich möchte aber trotzdem an diesem Budgetpostulat festhalten und beliebt machen, es zu überweisen, weil: Es ist ein Budget, und das Geld muss ja nicht unbedingt verbraucht werden. Wenn wir es nicht brauchen, wenn wir auch diese Heizung nicht brauchen, das hat ja Gemeinderat Meury vorhin gerade erklärt, dann geben wir auch jenes Geld nicht aus. Und genau dort hin zielt das Budgetpostulat. Es macht für mich nur Sinn, wenn man das miteinander macht; und wenn der Betrag im Budget steht, dann heisst das noch lange nicht, dass er ausgegeben ist, oder ausgegeben werden muss. Aber der Gemeinderat hat alle Möglichkeiten im Laufe des nächsten Jahres, und wir verbauen uns nichts, und der Gemeinderat wird im Rahmen der Rechnung '08 Auskunft darüber geben, was mit dem Geld passiert ist. Was heute Abend beschlossen wird, ist ja protokolliert. Die Verantwortungen sind klar. Und insofern möchte ich wirklich beliebt machen, das Geld dort auch im Sinne einer ökologischen und ökonomischen Lösung, wie ich schon sagte, bereitzustellen und zu budgetieren, im Sinne des Budgets.

://:

Mit 19 : 15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, wird das Budgetpostulat, Geschäft 3743B.8, überwiesen.

Susanne Studer, Präsidentin: Somit sind die acht Budgetpostulate abgeschlossen. Wir kommen zur Detailberatung Voranschlag Einwohnerkasse 2008.

Traktandum 1.2.1

Detailberatung des Voranschlags der Einwohnerkasse

[**Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, ruft den Voranschlag 2008 (Laufende Rechnung / Investitionsrechnung) kapitel- und seitenweise auf; **Felix Keller**, 1. Vizepräsident stellt die Wortmeldungen fest.]

Laufende Rechnung 2008

0 Allgemeine Verwaltung; Seite 21

Kein Wortbegehren

1 Legislative und Exekutive; Seite 21

Kein Wortbegehren

2 Allgemeine Verwaltung; Seite 22

Kein Wortbegehren

1 Öffentliche Sicherheit; Seite 23

Kein Wortbegehren

2 Bildung; Seite 29

Kein Wortbegehren

3 Kultur und Freizeit; Seite 35

Kein Wortbegehren

4 Gesundheit; Seite 41

Kein Wortbegehren

5 Soziale Wohlfahrt; Seite 43

Siro Imber, FDP-Fraktion: Ich weiss jetzt gar nicht, ob es dort ist, aber ich frage es jetzt mal. Vielleicht könnte mir jemand vom Gemeinderat etwas sagen. Und zwar, wir haben ja letztes Mal – also nicht „wir“, da war ich ja noch nicht einmal dabei – also der Einwohnerrat hat bewilligt die Erhöhung beim Personal bei der Sozialhilfe, und dann hiess es, die Rückerstattungen werden höher. Wie ich das da gesehen habe, sind die Rückerstattungen gar nicht höher geworden. Woran liegt das, weiss das vielleicht jemand?

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Soziale Dienste – Gesundheit: Wenn man Rückblick nimmt auf 2007, ist es tatsächlich so, dass man mehr zurückgeholt hat als vorher. Es ist aber eine ganz schwierige

Sache, das zu budgetieren. Da kann es sein, dass einmal einer eine Erbschaft macht, und dann kommen 100'000 herein, oder es kommt ganz wenig herein. Oder was auch noch vorkommt: Wenn jemand IV hat, dann ist der vielleicht 2 Jahre unterstützt worden, und dann zahlt die IV ab dann, wo das angemeldet ist, das heisst, es kommt für 2 Jahre die IV zurück, dann ist das ein ziemlicher Betrag. Und das ist sehr unsicher, das zu budgetieren, und darum waren wir da ein wenig vorsichtig.

6 Verkehr; Seite 46

Kein Wortbegehren

7 Umwelt und Raumplanung; Seite 48

Kein Wortbegehren

70 Wasserversorgung Spezialfinanzierung; Seite 48

Kein Wortbegehren

71 Abwasserbeseitigung Spezialfinanzierung; Seite 50

Kein Wortbegehren

72 Abfallbeseitigung Spezialfinanzierung; Seite 51

Kein Wortbegehren

8 Volkswirtschaft; Seite 55

Kein Wortbegehren

9 Finanzen und Steuern; Seite 57

Kein Wortbegehren

Investitionsrechnung 2008

0 Allgemeine Verwaltung; Seite 62

Kein Wortbegehren

1 Öffentliche Sicherheit; Seite 62

Kein Wortbegehren

2 Bildung; Seite 63

Kein Wortbegehren

3 Kultur und Freizeit; Seite 64

Kein Wortbegehren

4 Gesundheit; Seite 65

Kein Wortbegehren

5 Soziale Wohlfahrt, Seite 65

Kein Wortbegehren

6 Verkehr; Seite 65

Kein Wortbegehren

7 Umwelt und Raumplanung; Seite 67

Kein Wortbegehren

700 Wasserversorgung; Seite 67

Kein Wortbegehren

710 Abwasserbeseitigung, Seite 68

Kein Wortbegehren

720 Abfallbeseitigung; Seite 69

Kein Wortbegehren

9 Finanzen und Steuern; Seite 69

Kein Wortbegehren

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Entschuldigung, ich habe vorhin einen Moment geschlafen. Und zwar ist mein altes Steckenpferd Abschreibungen, Steuerabschreibungen natürliche Personen, Seite 57, da ist ein eklatant höherer Betrag, und zwar geht es um 425'000 Franken, gegenüber 370'000 Franken, die wir letztes Jahr budgetiert hatten. Kann Gemeinderätin Nicole Nüssli da irgendeine Aussage drüber machen, wieso es da wieder zu einer wahnsinnigen Steigerung gekommen ist? Das ist in einem massiven Prozentsatz drinnen. Seite 57, unterste Position.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Finanzen – Steuern: Nein, ich kann es nicht sagen. Ich müsste es abklären und am Donnerstag vielleicht nochmals etwas Näheres dazu sagen. Ist das gut?

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Ja, gerne.

Susanne Studer, Präsidentin: Nachdem keine weiteren Wortbegehren mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates und die restlichen Budgetpostulate. Wir stimmen über den Antrag 1 des Gemeinderates gemäss Bericht 3743, Seite 12, ab:

Antrag 1) des Gemeinderates
Der Voranschlag für die Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2008 wird genehmigt.

://:

Mit 35 : 1 Stimmen und 0 Enthaltungen wird der der Voranschlag für die Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2008 genehmigt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zu

Antrag 2) des Gemeinderats
Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.

Dazu haben wir ein Budgetpostulat 3743B.12 von Josua Studer.

314 07.010 Budget

Traktandum 1.2.3

**Budgetpostulat SVP-Fraktion, Josua M. Studer, betreffend
Laufende Rechnung, Konto 900-40, Unterkonto 900-400.00,
Einkommens- und Vermögenssteuer, Senkung Gemeindesteuersatz für
natürliche Personen um 0,5 %
Geschäft 3743B.12**

Josua Studer, SVP-Fraktion: Jedes hat sein Steckenpferd. Wir haben halt das mit den Steuern und Gebühren. Ich hätte gern die Folie aufgelegt, die die Steuerfussentwicklung der natürlichen Personen der Einwohnergemeinde seit 1994 zeigt. Dort seht ihr jetzt vom Jahr 1994 bis hinüber nach 2007. Der graue Balken ist Allschwil. Die anderen Ortschaften sind in unserem Bezirk. Ihr seht, im '94 hatten wir einmal 52,8, heute haben wir 58; man hat einfach die 2 und das Komma weggelassen. Dann haben wir eine Rangliste von 1994, da waren wir auf dem 5. Platz – und jetzt sind wir weit hinten. Also beim Sport schaut man immer, dass man vorne ist, und wenn möglich auf dem Treppchen, und das Treppchen ist 1, 2 und 3. Und die 4 ist die „lederne Medaille“, die eigentlich niemand will. Aber dass man dann grad so weit nach hinten gehen muss, das ist nicht nötig. Und wenn ihr ein wenig die Medien verfolgt habt: Bald in jeder Gemeinde hatten sie das auf dem Tapet mit Steuersenkungen, und diverse Gemeinden haben es gemacht. Bottmingen hat es sogar geschafft, der billigste Ort zu werden im Kanton. Und es war ja eine Veranstaltung hier drinnen, in diesem Raum, die auch die SP organisiert hatte, wo Christoph Morat

Gesprächsführer war. Zu seiner Rechten war der Herr aus Bottmingen, der erzählte, wie viel sie eigentlich tun in Jugendarbeit und, und, und. Und sind jetzt so tief drunten mit den Steuern. Und der hat selber auch gesagt: Mit tieferen Steuern lernt man sparen am richtigen Ort. Drum sagen wir jetzt ganz klar: Wir müssen mit den Steuern etwas machen, nicht gegen oben, sondern gegen unten. Das ist eigentlich eine automatische [?? Pos. 52:03], die jetzt die FDP mit einem Postulat und mit einer Motion fordern will. Wenn man weniger einnimmt, schaut man automatisch, wo man sparen kann. Und ich bin zu Beginn dieser Sitzung fast so ein bisschen auf den Arm genommen worden, dass wir jetzt nur ein halbes Prozent fordern, wir seien jetzt „einsichtig“ – ja, einsichtig in eine andere Richtung, so nach dem Motto, wir feilschen jetzt mal ein wenig. Vor zwei Jahren wollte Bruno Steiger um 2 Prozent nach unten, da sagten wir, 2 Prozent auf einmal ist zu viel, Bruno soll bitte 1 Prozent fordern. Er tat es dann nicht, drum konnten wir nicht gut zustimmen. Drum kamen wir dann letztes Jahr mit einem Prozent, sind gescheitert bei euch. Und deshalb sagen wir – nicht dass ihr uns nachsagt, wir kämen immer mit dem gleichen Mist – kommen wir jetzt mit einem halben Prozent. Aber nichtsdestotrotz: Ihr dürft auch einen Antrag stellen, dass wir höher gehen – also höher bei der Zahl, um die es nach unten geht. Wir haben das jetzt einfach einmal in den Raumgestellt und möchten gerne, dass wir über das einmal ein bisschen feilschen, wie an der Börse.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Das Anliegen der SVP ist richtig. Die FDP möchte auch die Steuerbelastung in Allschwil mittel- und langfristig senken, das ist überhaupt keine Frage. Die FDP schlägt aber einen anderen Weg vor. Zuerst braucht Allschwil eine generelle Aufgabeproofung, um die laufende Rechnung zu entlasten. Sobald dann der Finanzhaushalt mittel- und langfristig im Lot ist, können wir die Steuern senken. Was passiert nämlich beim Vorgehen der SVP? Alle hier drinnen beschlossenen Ausgaben – und daran können wir gar nichts mehr ändern – laufen weiter, und die Einnahmen gehen zurück. Das heisst, wir erhöhen einfach unsere Verschuldung. Die FDP will diese Schuldenberge verhindern, zuerst die laufenden Ausgaben reduzieren, und dann Steuern senken. Dafür kann ich auf die Vorstösse verweisen, die wir heute eingereicht haben, zu einer generellen Aufgabeproofung in Allschwil. Die FDP zieht ihre Vorgehensweise vor und lehnt deshalb den Antrag der SVP-Fraktion ab.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Die SVP ist mit dieser Folie gut dotiert in diese Abstimmung, respektive in das Budgetpostulat eingestiegen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass diese Zahlen von 1994 bis ungefähr 2000 – Verena Meschberger, berichtige mich bitte – damals noch ohne die Sozialabgaben waren, das heisst, man musste das dann in die Gemeindesteuern integrieren, und darum sind wir auf 57 %. Also insofern hat diese Tabelle wahrscheinlich nicht den Aussagewert, den Josua Studer sich vorstellt. Im Weiteren möchte ich darauf hinweisen, Josua Studer hat bereits in der Lokalpresse die SP massivst angegriffen, was die alles für Löcher in die Kasse reisse. Ich möchte dem nur zwei Zahlen entgegenhalten: Wir haben heute Abend zwei Postulate der SP überwiesen. Was die Investition sich auf die laufende Rechnung auswirken wird, kann Herr Pfister vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt sagen, es wird nicht all zu viel sein, diese 20'000 Fränkli. 15'000 Franken haben wir überwiesen. Wir haben noch ein Budgetpostulat wegen der Feuerwehrsteuer die wir auch 6 % halten möchten. Wenn ich das zusammenzähle, dann komme ich auch 135'000 Franken, sagen wir auch 140'000 mit der Abschreibung dieser 20'000 Investition. Das, was Josua Studer da vorhat, das sind über 300'000 Franken, in deren Höhe er ein Loch in die Kasse der Gemeinde Allschwil reissen möchte. Das wäre nämlich ungefähr der Betrag, Josua Studer, der wegfallen würde, den wir nicht finanzieren könnten, wenn wir diesem Budgetpostulat zustimmen würden. Daher möchten auch wir von der SP euch beliebt machen: Bleiben wir bei diesen angemessenen 58 %. Wir können durchaus das Postulat der FDP einmal anschauen, wie sich das genau anhört. Darauf sind wir dann im Januar gespannt und möchten zu einem späteren Zeitpunkt gerne darauf reagieren. Zum heutigen Zeitpunkt lehnen wir das Budgetpostulat der SVP ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Steuersenkungen finde ich persönlich immer eine gute Sache. Aber ich denke, es geht jetzt nicht um das, was ich persönlich finde, sondern um die Gemeindefinanzen. Und da bin ich, wie der Gemeinderat auch, der Ansicht, dass das Budget des Jahres 2008 klar zeigt, dass im Moment und auch in absehbarer Zukunft kein Raum für eine Steuersenkung besteht. Es kommt ja auch noch dazu, dass sowohl die Steuergesetzgebung für die natürlichen Personen, als auch diejenige für die juristischen Personen in jüngster Zweit geändert worden ist, und dass die Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen im Einzelnen noch nicht bekannt sind und auch nicht abschätzbar sind. Und drum muss die CVP-Fraktion – und ich sage jetzt auch wieder das Wort „leider“ – diesen Antrag ablehnen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Das wird ein Modewort bei der CVP. So kann man sich auch herausreden. Lieber Christoph Morat, du hast mir nicht gut zugehört. [Zuruf aus der CVP, akustisch nicht verständlich.] Ja, das macht nichts, da bewege ich wenigstens etwas. [dito] Ja immer mehr, weil ihr immer weiter nach links rutscht. [Die Präsidentin läutet die Sitzungsglocke] Ich habe eine Frage beantwortet, Entschuldigung. Es ist hoffentlich auf dem Tonband, damit man das abhören könnte wegen dem Protokoll. Christoph, du hast mir nicht gut zugehört. Ich sagte nicht „ein Loch reißen“, ich sagte, wenn weniger hereinkommt, spart man. Und die Sachen, die wir heute Abend bewilligt haben – das heisst nicht, dass wir das ausgeben müssen, wir sind nicht im WK, wo man einfach so viel Schuss Munition gefasst hat, und das muss jetzt einfach noch in den Übungshang hinein. Man kann nämlich auch weniger ausgeben, auch wenn mehr bewilligt ist. Einfach das, was unbedingt sein muss; und wir haben heute Abend Sachen bewilligt, die nicht unbedingt sein müssen. Und das sind Sachen – wenn wir die mit einem Budgetpostulat hätten bekämpfen wollen, dann wären wir nie durchgekommen, und wir müssen ja nicht zusätzlich extra den Abend verlängern. Drum sagen wir: Gehen wir mit den Steuern herunter, dann haben wir weniger Geld zum Ausgeben, damit wir uns nicht mehr verschulden, weil Frau Nüssli ja gesagt hat, nicht mehr verschulden, das heisst also weniger ausgeben. Nur verstehe ich, dass ihr von der SP natürlich explizit drauf seid, dass man entweder gleich viel Steuern bekommt, oder nach Möglichkeit noch mehr, egal von wem dann, denn ihr müsst ja irgendwie begründen, wie ihr die Sachen finanzieren wollt, die ihr immer fordert. Diese sozialen Sachen, die ihr immer fordert, die müsst ihr bezahlen, und so könnt ihr sicher nicht sagen: Gehen wir mit den Steuern herunter. Denn dann fehlt es. Denn dort müssten wir ja dann einsparen.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Finanzen – Steuern: Ich erlaube mir auch noch zwei, drei Worte. Es ist sicher traurig, wenn wir auf diese Folie schauen und sehen, dass wir seit 1994 bis heute von einem Steuerfuss von 52,8 auf 58 % steigen mussten. Aber es ist halt leider eine Tatsache, dass bis 1994 wir mit dem Eigenkapital dermassen weit heruntergefahren waren – wir hatten vorher rund 10 Millionen Eigenkapital, und im 1994 hatten wir das eben nicht mehr – und der Grund war dann, dass man mit den Steuern hinauf musste. Genau das gleiche Problem, das ich schon ein paar Mal hier drin ausformulieren durfte. Und das Gleiche würde eben letzten Endes heute auch wieder passieren. Bei der Budgetvorstellung sagte ich, wir gehen von einem Ertragsüberschuss von 128'425 aus. Jetzt haben wir ein Budgetpostulat von 15'000 überweisen lassen, und ein anderes von 50'000. Das heisst, wir sind jetzt nur noch bei 63'425 [Zuruf] – habe ich etwas falsch gesehen? Ist das nur eine Erhöhung um 20'000? Okay, dann habe ich eine Fehlüberlegung gemacht. Also dann wären es noch minus 20'000 in dem Fall. Also dann sind es noch 93'000 Ertragsüberschuss. Und wenn wir jetzt von diesen 93'000 ein halbes Prozent nochmals zurückgeht, das sind 300'000 – Sie wissen das, ich habe das auch schon ein paar Mal gesagt, ein Steuerprozent sind 600'000, die Hälfte davon 300'000 – das heisst, wir sind dann bei einem Minus von 200'000. Aufwandüberschuss 200'000. Das heisst, das würde dann wieder direkt das Eigenkapital um 200'000 reduzieren, sprich von 900'000 auf 700'000 herunter. Und das verträgt es einfach schlicht nicht, ganz einfach nicht.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich wusste nicht, dass ich mit der gleichen Folie kommen kann heute Abend, ich habe sie nämlich auch gemacht. Man kann sie auch schnell wechseln. Meins ist einfach ein Picasso, oder. Und zwar denke, der Vergleich zwischen den Gemeinden ist hier in den Farben dargestellt, weil auch die anderen Gemeinden haben zum Teil die Finanzierung anders gehabt mit den Steuerfüssen und so. Gelb wären wir, und gelb wären die, die gleichziehen; und rot sie die, die unten dran sind; und grün sind die obendran. Die Grünen sind besser gestellt als wir, und jetzt frage ich mich einfach, haben wir denn in den Jahren '94 bis 2000 eine Zuwanderung von allen Roten, die nämlich mehr Steuer zahlen mussten, und die kamen dann nach Allschwil, weil das ja so ein steuergünstiges Paradies war; und jetzt ziehen alle von Allschwil weg, weil das nicht mehr so steuergünstig ist. Also man muss ja auch schauen: Wenn wir das Geld brauchen und es sinnvoll eingesetzt ist, und wenn die Bevölkerung und wir hier drin dass so wollen, dann dürfen wir uns das auch leisten; und wenn wir das nicht wollen und die Bevölkerung auch nicht, dann leisten wir uns das nicht. Aber es kann doch nicht einfach sein, dass wir jetzt, nur weil jetzt da diese Steuerfüsse um ein halbes Prozent hinauf und hinab, dass man da nicht den Mut hat und sagt, okay, wenn wir es brauchen, dann müssen halt auch einmal entsprechend agieren. Und dann unterstütze ich auch das, was die FDP sagt: Man muss mal genau hinschauen, und dann kann man das anschauen. Heute müssen wir nichts ändern. Aber das kann in sechs oder zehn Jahren wieder anders aussehen, nämlich dann sind die anderen wieder rot und wir sind wieder grün, weil wir es halten können. Das ist einfach eine Realität.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion: Ich gestatte mir hier etwas makroökonomische Nachhilfe zu geben. Der Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und einem gesunden Staatswesen ist schlicht und einfach

erwiesen. Das ist einfach ein Faktum. Die Korrelation ist nahezu 1, wenn man das bei den Schweizer Kantonen anschaut. Man kann es genau bei diesen Gemeinden anschauen, wenn man vielleicht nochmals die vorherige Folie auflegt. Es ist nicht so, dass es den Gemeinden, die tiefe Steuersätze haben, ganz schlecht geht und sie kein Eigenkapital haben. Im Gegenteil, es ist genau umgekehrt. Mir ist natürlich bewusst, wenn man jetzt die Steuern senkt, ob um ein halbes Prozent oder ein ganzes Prozent, dann nimmt natürlich das Eigenkapital ab, und natürlich ziehen dann nicht plötzlich mehr Leute nach Allschwil, weil dann Allschwil plötzlich so steuergünstig ist. Man muss das sehr langfristig betrachten, dass man durch tiefere Steuern auch wieder attraktivere Steuerzahler anziehen kann. Eine generelle Aufgabenüberprüfung, die hier angedacht wird – das tönt natürlich gut und ist sehr sinnvoll, und da werden wir sicher auch dafür sein, wenn diese Motion oder das Postulat im Einwohnerrat ist. Nur, es zeigt sich einfach immer wieder: Ein GAP alleine durch den Druck, der auf das Gemeinwesen und auf den Gemeinderat und vor allem auch auf den Einwohnerrat selber entstehen sollte, ist einfach nicht so hoch wie er sein sollte. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und auf dem Gemeinderat herumhacken, weil die SVP ja bekanntlich niemanden im Gemeinderat hat, und sagen: Ihr verschleudert Geld etcetera, und ihr geht liederlich mit dem Geld um – das mache ich nicht, bei weitem nicht. Die meisten Beträge, die grossen Beträge, werden immer noch vom Einwohnerrat gesprochen. Und wenn man die Steuer senkt, dann erhöht das den Druck nicht nur auf den Gemeinderat, sondern in erster Linie auf den Einwohnerrat, haushälterisch mit dem Geld umzugehen. In dem Sinne ist unser Postulat zu verstehen.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Basil Kröpfli, das stimmt absolut, und das vertrete ich auch. Nur, der Druck ist, glaube ich, jetzt schon da, denn es sieht so desolat aus im Finanzplan, dass es nicht noch einen zusätzlichen Druck braucht. Denn der verursacht dann wirklich direkt eine Verschuldungszunahme. Und dann möchte ich noch Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli fragen: Morgen wird wohl der Landrat einen Teuerungsausgleich von 1,3 % - was hat das für Auswirkungen auf die laufende Rechnung im nächsten Jahr?

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Finanzen - Steuern: Vielen Dank Siro Imber. Diese Auswirkungen sind einfach gesagt: Es sind Fr. 130'000, die wir wieder irgendwo anderweitig hereinbringen müssen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: An und für sich hatte ich heute Abend keine so grosse Diskussion erwartet über dieses Budgetpostulat. Wie die Vorjahre zeigen, hatten wir noch jedes Jahr solch ein Budgetpostulat auf dem Tisch des Hauses. Ich ging davon aus, es geht „copy – paste“, und dann hat man es auch fürs nächste Jahr wieder. Was wir jetzt aber heute Abend – und ich werde nicht gern persönlich, aber jetzt muss ich doch einmal sagen: Herr Studer, das ist gefährlich, was Sie heute Abend gemacht haben; wenn man über einen Steuerfuss „feilscht“, und in dieser Art und Weise so nonchalant, wie Sie das gesagt haben. Ich feilsche nicht über einen Steuerfuss. Da ist ein Budget erarbeitet worden, und das habe ich eingangs erwähnt, und da ist schon abgeklärt worden, was ist „nice to have“, und was müssen wir haben; und wenn man dann am Schluss kommt und sagt: Ja komm, wir feilschen doch da ein bisschen über den Steuerfuss – meine Damen und Herren, das gibt mir zu denken. Und ich bitte jetzt, dass wir diese Diskussion abrechnen und zur Abstimmung kommen.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen über den Ordnungsantrag von Kurt Kneier betreffend Abbruch der Diskussionen ab. Anschliessend haben die bereits in die Rednerliste aufgenommenen Ratsmitglieder noch die Möglichkeit sich zu äussern.

://:

Der Ordnungsantrag von Kurt Kneier auf Abbruch der Diskussion wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich wusste nicht, dass wir hier drin so masochistisch veranlagt sind und auf der Basis, auf der wir jetzt sind, allen Ernstes eine Steuersenkung in Betracht ziehen. Ich denke, jede andere Gemeinde, die eine Steuersenkung in Betracht ziehen konnte, hatte eine andere Ausgangslage vom Budget her. Und dann auch das von wegen alles über den Haufen werfen, was wir heute schon sagten, wegen der desolaten Finanzlage - ich finde es einfach mühsam, überhaupt darüber zu diskutieren, dass man es jetzt noch ärger, noch schlimmer machen könnte, und dann das Gefühl haben, wir könnten das vor der Bevölkerung vertreten, wir könnten noch glaubwürdig sein als

Einwohnerrat, als Volksvertretung, wenn wir in dem Zustand noch eine Steuersenkung durchziehen.
Sorry!

Verena Meschberger, Präsidentin der FIREKO: Ich habe nur eine ganz kurze Bemerkung zu Basil Kröpfli: Er hat mit seiner theoretischen Bemerkung „Korrelation zwischen Steuerfuss und Eigenkapital“ Recht. Aber – wie bei Radio Eriwan . in Allschwil gilt das leider Gottes nicht, weil unser Eigenkapital, wie es Frau Nüssli schon erwähnte, in – ich würde stinkfroh sagen – liederlicher Art und Weise heruntergewirtschaftet wurde auf einen Betrag, wo die Gefahr eines Bilanzfehlbetrages extrem gross ist. Das werden wir in der Finanzplandiskussion noch haben. Also, Basil: Ja, theoretisch. Leider in Allschwil praktisch nicht der Fall.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über das Postulat 3743B.12 Es braucht ein 2/3-Mehr. Wer zustimmen kann, zeigt das bitte mit der Karte.

://:

Mit 28 : 8 Stimmen, bei 0 Enthaltungen wird das Budgetpostulat 3743B.12 abgelehnt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag 2 des Gemeinderates gemäss Bericht 3743, Seite 12, ab.

Antrag 2) des Gemeinderates
Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird auf 58.0 % der Staatssteuer festgelegt (wie bisher).

://:

Mit 27 : 7 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, wird der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zum Antrag 3). Da gibt es auch ein Budgetpostulat 3743B.

315 07.010 Budget

Traktandum 1.2.4

**Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend
Laufende Rechnung / Steuererträge juristische Personen, Beibehaltung der
Steuersätze für Kapitalgenossenschaften, Vereine, Stiftungen und übrige
juristische Personen, Holdinggesellschaften und Domizilgesellschaften
Geschäft 3743B.13**

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Ich befinde mich ja da in ausserordentlicher Gesellschaft mit der SVP und der FIREKO. Die Begründung zu diesem Postulat habe ich beigelegt. Meine Begründung ist die, dass man Familien, junge Familien, junge Leute, die eine Firma gründen möchten, die ihr Geld anderweitig brauchen, dass man die nicht plagen sollte mit dem bisschen mehr Geld, das sie abgeben sollen, sondern man sollte den Feuerwehrsteuersatz auf diesen 6 Prozent ...

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Morat, wir sind nicht bei der Feuerwehrabgabe, sondern beim Antrag 3)

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Entschuldigung. Den ziehe ich natürlich zurück, denn das ist gesetzmässig gar nicht möglich.

://:

Das Budgetpostulat 3743B.13 ist infolge Rückzugs erledigt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen über Antrag 3) des Gemeinderates gemäss Bericht 3743, Seite 12, ab:

Antrag 3) des Gemeinderates
Die Steuersätze für die Juristische Personen werden wie folgt festgelegt:

a) Kapitalgesellschaften / Genossenschaften
Ertrag 5.0 %
Kapital 3.5 ‰ (bisher 5.0 ‰) (Unternehmenssteuerreform)

b) Vereine, Stiftungen, übrige Juristische Personen
Ertrag 58.0 % der Staatssteuer
Kapital 3.5 ‰ (bisher 5.0 ‰) (Unternehmenssteuerreform)

c) Holdinggesellschaften
Liegenschafts-Nettoertrag 58.0 % der Staatssteuer
Von ausländ. Quellenbest.Einkommen 5.0 %
Kapital 0.1 ‰ mind. CHF 100.— (bisher 0.25 ‰)
(Unternehmenssteuerreform)

d) Domizilgesellschaften
Kapital 0.5 ‰ mind CHF 100.— (bisher 1.0 ‰) (Unternehmenssteuerreform)

://:

Mit 31 : 1 Stimmen, bei 3 Enthaltungen wird den Anträgen betreffend die Steuersätze für Juristische Personen gemäss Ziffer 3) der gemeinderätlichen Anträgen zugestimmt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zum Antrag 4). Dazu gibt es 3 Budgetpostulate.

316 07.010 Budget

Traktandum 1.2.5
Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Christoph Morat, betreffend
Beibehaltung der Feuerwehrsteuer für Ersatzpflichtige von 6.0 % der
Gemeindesteuer
Geschäft 3743B.9

Traktandum 1.2.6
Budgetpostulat Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend
Laufende Rechnung, Konto 140-430.00, Ersatzabgaben Feuerwehr,
Festsetzung der Feuerwehrsteuer für Ersatzpflichtige auf 6.0 % der
Gemeindesteuer
Geschäft 3743B.10

Traktandum 1.2.7
Budetpostulat SVP-Fraktion, Josua M. Studer, betreffend
Laufende Rechnung, Konto 140-430.00, Ersatzabgaben Feuerwehr,
Beibehaltung der Feuerwehrsteuer für Ersatzpflichtige von 6.0 %
Geschäft 3743B.11

Susanne Studer, Präsidentin: Ich gebe jetzt das Wort zuerst Herrn Studer. Bitte!

Josua Studer, SVP-Fraktion: Christoph Morat, du magst jetzt erstaunt sein, dass du nicht drankommst. Das hat folgenden Grund: Es sind drei gleichlautende Budgetpostulate, und ich weiss aus sicherer

Quelle, dass ich derjenige war, der es als Erster eingereicht hat. Drum habe ich beantragt, dass ich auch als Erster reden darf. [Zuruf von C. Morat: Wo hast du das beantragt?] Zu Händen des Büros. – Folgende Aussagen zu diesem Budgetpostulat möchte ich bitte anbringen. Frau Gemeinderätin Nüssli sagte, es ist keine Feuerwehrsteuer, es ist eine Feuerwehersatzabgabe. Beides richtig. Beides richtig! Auf der Website der Gemeinde Allschwil wie auch auf anderen Gemeinden, und auch bei Register, in denen man nachlesen kann, wie die Steuersätze der Gemeinden sind, wird immer von einem Feuerwehrsteuersatz geredet. Und egal wie – es ist ein Ansatz, den man nimmt, von den kantonalen Steuern, den man geben muss. Das sind jetzt 6 % der kantonalen Steuer. Somit ist es ein Steuersatz, und drum können wir nicht dafür sein. Auch wenn es eine Abgabe ist – es entspricht nicht unserem Naturell, wie wir das betrachten. Komisch ist – wir haben jetzt die ganze Zeit gehört, man habe weniger Einnahmen. Daraus schliesse ich, dass bald einmal alle zwischen 20 und 40 Feuerwehrdienst machen, oder dass wir nur aus unter 20-Jährigen und über 40-Jährigen bestehen. Somit ist also Allschwil entweder zu jung oder zu alt. Wäre jetzt diese Feuerwehersatzabgabe oder Feuerwehrsteuer, egal wie wir sie nennen, zweckgebunden, dass man jetzt sagen könnte: Wir brauchen ein neues Feuerwehrdepot, und das ist mit ein Grund, wir sollten unsere Finanzen aufbessern, dann könnte man ja damit noch leben. Aber das Geld geht in die allgemeine Kasse, und das verschwindet wieder irgendwo. Und wenn man ja weiss, dass wir ursprünglich einmal von dreieinhalb Millionen geredet haben für ein neues Feuerwehrdepot, und man mittlerweile mit Biegen und Brechen mal unter drei Millionen gekommen ist, aber aus Feuerwehrkreisen immer wieder hört, man könnte ein Depot haben, das unter zwei Millionen ist, und sie sogar konkrete Idee haben, was für ein Depot sie wollten, nämlich das Gebäude, wo unsere schönen Feuerwehscania herkommen, wo die gemacht worden sind, das Gebäude würde den Feuerwehrleuten gefallen, und das wäre günstig zu haben, das Gebäude hat Pläne, die Pläne könnte man sicher günstig kaufen, man hätte nicht solche Ausschreibungen, die noch lang alles hinziehen. Und wir wollen jetzt einfach, dass wir auf diesen 6 % unten bleiben und sehen absolut keinen Grund, dass man auf die 8 % hochgeht.

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Morat bitte. Es ist ein Fehler auch von mir aus der Bürositzung, dass ich sein [Josua Studers] Postulat nicht nach vorne genommen habe.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Ich halte es für einen Skandal, für einen absoluten Skandal, wie ihr mit uns hier drin umspringt. Wir lassen uns doch das nicht mehr gefallen. Ich weiss noch nicht, welche Möglichkeiten man ergreifen muss, aber ich denke mir, wir haben eine beschlossene Traktandenliste. Und wenn wir nicht nach der beschlossenen Traktandenliste verfahren, dann braucht es einen Änderungsantrag. Ich habe keinen Änderungsantrag gesehen, wir haben nicht darüber abgestimmt. Es ist skandalös, wie die SVP hier drinnen mit uns umspringt. Erstes Votum von Ihnen: „Ist gleich...“. Zweites Votum: „Ja, Herr Morat, Sie haben ausnahmsweise nicht das Wort...“ Wir sind beim Traktandum 1, 2 ...4 oder 5, und das ist in Gottes Namen demokratisch beschlossen. So hält sich also die SVP an die demokratischen Spielregeln. Tut mir leid, da habe ich kein Verständnis mehr dafür. Rechtliche Schritte werde ich mir vorbehalten nach Abklärung mit dem Rechtsdienst der Gemeinde Allschwil.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich entschuldige mich, Herr Morat. Es ist wirklich ein Fehler. Ich habe nicht drauf geschaut. Ich hätte einen Änderungsantrag stellen sollen, oder derjenige Postula[n]t. Und ich bitte jetzt darum, dass Sie zu Wort kommen wegen der Feuerwehersatzabgabe.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Ich habe gesagt, was ich zu sagen hatte.

Susanne Studer, Präsidentin: Gut. Jetzt kommen wir noch zum nächsten Budgetpostulat. Frau Meschberger!

Verena Meschberger, Präsidentin FIREKO: Es ist vom Gemeinderat immer wieder darauf hingewiesen worden: Die Feuerwehrsteuer sei keine Feuerwehrsteuer, sondern eine Ersatzabgabe. Es ist komisch, dass aber im Voranschlag der Gemeinde schwarz auf weiss gedruckt ist: „Die Feuerwehrsteuer wird für die Ersatzpflichtigen von 6 auf 8 % der Gemeindesteuer festgelegt.“ Also der Gemeinderat – excusez, wenn ich das jetzt wirklich bösartig sage – weiss manchmal selber nicht, wovon er spricht. Wir haben darüber diskutiert, nicht wahr Nüss, ... äh Frau Nüssli... jetzt bin ich langsam müde. Nicole, ich entschuldige mich ganz in aller Form für den Sprechfehler. [Zwischenruf Gemeinderätin Nicole Nüssli: Entschuldige dich doch für den ersten Teil, das wäre besser.] Nein, für den ersten Teil kann ich mich schlichtweg nicht entschuldigen, weil das ganze Volk, und wahrscheinlich auch die meisten im

Einwohnerrat diese Ersatzabgabe als Steuer ansehen. Dann tönt es einfach in den Ohren des Volkes und der meisten Einwohnerräte, mich eingeschlossen, merkwürdig, wenn man dann so hart auf dem Wort „Ersatzabgabe“ [besteht], obschon schwarz auf weiss gedruckt wird „Feuerwehrsteuer“, auch wenn das seit 125'000 Jahren so der Fall ist, dass es falsch im Voranschlag gedruckt ist. Das ist das eine. Und das andere, dünkt mich, wir diskutieren bei diesen zwei Prozent Feuerwehrabgabe im Vergleich zu anderen Sachen um Peanuts. Wenn man von 350'000 Franken Feuerwehersatzsteuer ausgeht, und das um zwei Prozent erhöhen will, und das grosszügig rechnet, dann geht es um 8'000 Franken. Wenn man das Volk dermassen vor den Kopf stösst wegen einem Wort „Ersatzabgabe“, respektive „Steuer“, dann finde ich das ein bisschen merkwürdig und nicht ganz im Sinn. Darum ist die FIREKO dagegen, dass man die Feuerwehrsteuer von 6 auf 8 Prozent erhöht. Ich habe wieder das Wort „Feuerwehrsteuer“ gebraucht, weil das einfach im Volk so gebraucht wird.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Ist es jetzt eine Steuer oder eine Ersatzabgabe? Da müssen wir uns fragen: Was ist eine Ersatzabgabe? Eine Ersatzabgabe ist ein Strafgeld für die Einwohner, die ihrer Bürgerpflicht, Feuerwehrdienst zu leisten zwischen 20 und 40 Jahren, nicht nachkommen, weil sie das nicht können oder nicht wollen. Und das Strafgeld soll in einem gewissen Mass wehtun, beziehungsweise in einem gewissen Mass die Leute daran erinnern, dass sie eigentlich eine Bürgerpflicht haben, und genügend Leute ermuntern, Feuerwehrdienst zu leisten, so wie auch ich diesen Dienst leiste. Jetzt, wenn man diese Ersatzabgabe erhöht, dann wäre ja die Begründung, dass irgendwie dieses Strafgeld zu niedrig ist, sei das, weil weniger Leute mehr bereit sind, Feuerwehrdienst zu leisten, oder weil das Geld nicht mehr den Wert hat und man es darum erhöhen muss, damit die Strafe gerechtfertigt ist. Das wäre die Begründung für eine Ersatzabgabe. Jetzt schauen wir an, was der Gemeinderat begründet. Er redet von Einnahmen. 2003 - 527'000, 2006 - 374'000. Wenn man von Einnahmen redet, dann redet man von Steuern. Der Gemeinderat argumentiert in Form einer Steuer, und nennt es auch selber im Voranschlag „Feuerwehrsteuer“, die Präsidentin der FIREKO hat es soeben erwähnt. Und jetzt erinnere ich daran, was der Gemeinderat uns seit dreieinhalb Jahren predigt: keine Steuererhöhungen während der Legislatur! Das ist eines seiner Legislaturziele, und wir haben dem Folge geleistet. Und ich nehme den Gemeinderat beim Wort: keine Steuererhöhungen in dieser Legislatur. Wir haben keine beschlossen. Wir haben auch dieses Jahr keine beschlossen und werden auch bei der Feuerwehr keine beschliessen. Eine Antwort noch an Herrn Studer: Herr Studer hat die Frage gestellt, ist Allschwil zu jung oder zu alt? Ganz einfach: Die demografische Entwicklung; Allschwil wird älter; und darum wird auch Wohnen im Alter ein Thema, schon seit Jahren.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Entschuldigung, Christoph Morat, dass du so aus der Haut fahren musstest. Ich muss die Frau Präsidentin kurz ein bisschen in Schutz nehmen. Das Büro des Einwohnerrates hat beschlossen, dass sie als Präsidentin den Rat anfragen soll, weil es drei gleichlautende Postulate hatte, ob man die zusammen als ein Traktandum behandeln solle. Und aus dem heraus kam dann auch mein Wunsch, dass ich als erster reden darf, weil ich es als erster eingereicht hatte. Und aus diesem Grund liegt auch gar keine Traktandenlistenverletzung vor. Es ist ein Formfehler der Präsidentin, dass sie nicht den Rat angefragt hat, und aus dem heraus hat sich jetzt eine Traktandenlistenverletzung ergeben, die aber nicht beabsichtigt war. Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Und das... sollte nicht sein.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich wollte wirklich nicht mehr. Aber im Moment läuft ein bisschen sehr viel auf der einen Seite gegen die so genannten historischen oder linksliberalen Gruppierungen in Allschwil. Ich habe langsam die Nase voll. Ich habe heute Abend wirklich probiert, die Schuld auf einer anderen zu belasten und mich saumässig zurückgehalten. Ich bin auch einmal dort oben gesessen, und manch einer hier drinnen auch, und wir wissen, es ist ein delikater Platz, dort droben zu sitzen. Aber es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass eigenmächtig – und ich sage das Wort ganz klar: eigenmächtig – das Präsidium, in welcher Person auch immer, zur Bevorteilung – ich sage auch das so – von irgendeiner Gruppierung die Traktandenliste eigenmächtig abändern kann. Wir haben das am Anfang ganz klar abgesegnet, so läuft's. Der so genannte Postulant wie auch das Präsidium hätte können auf das hinweisen: He, wir haben etwas anderes gemacht. Ich gehe davon aus: Da war einfach einmal ein Päckchen, ein Päckchen gegen die FIREKO, von dem alle betroffen sind, und ein Päckchen gegen die Leute, die das eingegeben haben. So kann es nicht weitergehen, meine Damen und Herren. Ich werde Christoph Morat ganz klar unterstützen. Wir werden uns ein paar Sachen überlegen. Und ich erlaube mir auch, meine Damen und Herren, die Fraktionspräsidien der Linksliberal-Bürgerlichen dort drüben in dieser Sache einmal zu konsultieren.

Susanne Studer, Präsidentin: Jetzt möchte ich noch etwas sagen. Ich habe es wirklich vergessen. Ich habe es hier aufgeschrieben: Alle drei zusammen behandeln. Und ich wünsche jetzt auch, dass man wieder zum Thema käme - natürlich dürfen die, die auf der Liste sind, noch etwas sagen – damit wir für heute die Sitzung abschliessen können.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Auch ich bin einmal, wie Jean-Jacques Winter und Christoph Morat, einmal Einwohnerratspräsident gewesen. Aber ich hatte heute Abend das Gefühl, und das ist nicht das erste Mal, sondern das vierte oder fünfte Mal, dass durch gewisse Mitglieder hier drin, genannt sind Ehemänner, oder der Ehemann der jetzigen Präsidentin, die Situation ausnutzt, dass Bürositzungen offenbar daheim besprochen werden. Auch der Ehemann der Frau Präsidentin ist, wie jeder andere hier drin, ein ganz gewöhnliches Mitglied dieses Einwohnerrates und auch ihm gegenüber gelten sämtliche Vorschriften unseres Geschäftsreglements. Es ist nicht das erste Mal, dass ich den Verdacht habe, da werden über andere Kanäle Informationen weitergegeben, die anderen vorenthalten werden. Das ist nicht richtig. Es ist nicht korrekt, und ich verstehe die *Wolle*, die der Christoph Morat jetzt im Ranzen hat; jetzt rede ich auch einmal so wie der Präsident der SVP, es ist zwar nicht mein Stil.

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Beretta, leider muss ich dagegen stimmen. Weil, ich bekomme ja die Traktandenliste von Herrn von Rohr zugeschickt, und so wird sie auch meistens – das können die anderen Büromitglieder [bestätigen] – meistens genehmigt. Es ist ganz selten, dass einmal, eben wie jetzt Tempo 30, mal abgesetzt wird oder so. Es ist bis jetzt noch nie, nie *gemischtelt* worden, dafür lege ich also meine Hand ins Feuer. – Es ist noch Frau Meschberger, die gerne etwas sagen möchte.

Verena Meschberger, Präsidentin FIREKO: Jetzt rede ich in meiner Doppelleigenschaft als Büromitglied und FIREKO-Präsidentin. Es ist wahr, wir hatten im Büro gesagt, diese Feuerwehrersatzabgabe, was auch immer, wird als ein Traktandum behandelt. Und dann bin ich automatisch davon ausgegangen, dass es in der Reihenfolge geht, wie die traktandiert sind. Jetzt rede ich als FIREKO-Präsidentin: Wenn eine Kommission ein Postulat eingibt, dann wäre es meiner persönlichen Meinung nach eigentlich richtig, wenn die Kommission zuerst reden dürfte, und dann die anderen Postulanten. Ich habe aber mit Absicht nichts gesagt, als dann das aufkam, dass Josua Studer zuerst reden darf, vor Christoph Morat und vor mir. Also ich bitte wirklich sehr herzlich, in Zukunft, wenn man halt in Gottes Namen vergisst, eine Traktandenänderung anzugeben, die gewünscht worden ist von irgendeinem Feu-... Einwohnerratsmitglied – Feuerwehrmitglied hätte ich beinahe gesagt – dann ist es halt passiert, und dann geht man nach der Traktandenliste, und nicht nach dem, was ausgehandelt worden ist. Ich als Büromitglied habe nämlich auch nicht gewusst, dass Josua Studer zuerst reden darf.

Susanne Studer, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob wir alle drei Postulate zusammen abstimmen sollen. Regt sich dagegen Widerstand? Gut. Dann stimmen wir gesamthaft über die drei Budgetpostulate betreffend Festlegung der Ersatzabgaben Feuerwehr ab. Wer dem zustimmen kann, zeigt bitte die Karte.

://:

Mit 30 : 3 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, werden die drei Budgetpostulate betreffend Festlegung der Ersatzabgabe Feuerwehr (Feuerwehrsteuer), Geschäft No. 3743B.9, 3743B.10 und 3743B.11, an den Gemeinderat überwiesen.
Die Feuerwehrsteuer wird für die Ersatzpflichtigen somit auf 6.0 % der Gemeindesteuer für natürliche Personen festgelegt.

Susanne Studer; Präsidentin: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft No. 3743.

://:

Mit 33 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird das Geschäft 3743 gutgeheissen.

Susanne Studer; Präsidentin: Wir sehen uns am Donnerstag um 18 Uhr und... Entschuldigung, Frau Nüssli!

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Finanzen – Steuern: Ich hätte nur gerne noch das aktuellste Resultat durchgegeben, nicht was bei Liverpool läuft, sondern was mit den Budgetpostulaten gegangen ist. Also nach meiner Berechnung haben wir jetzt einen Aufwandüberschuss von Fr. 38'575 aufgrund der Gutheissung dieser beiden Budgetpostulate und aufgrund der Tatsache, dass die Feuerwehersatzabgabe bei 6 % belassen wird.

Susanne Studer, Präsidentin, erklärt um 21.30 Uhr die Sitzung für geschlossen.
